

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Randbemerkungen

Die Gemeindevahlen in Deutschland lassen sich mittlerweile so ziemlich übersehen. Wenn wir auch auf das Gesamtergebn erst später ausführlich zurückkommen, so möchten wir doch zunächst einige für uns wichtige Randbemerkungen zur Wahlagitatio n vorwegnehmen.

Das Bürgertum. Von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten wurde der Kampf gegen die G e m e i n w i r t s c h a f t auf der ganzen Linie geführt, so daß wir jetzt auf diesem Gebiet keine Zweifel haben können, wo unsere Feinde stehen. Das gesamte Bürgertum hat sich zwar politisch nicht zu einer Einheitsliste durchgerungen; im Gegenteil, der Splitterparteien sind noch viel mehr geworden. (In manchen Bezirken über 20 Parteien.) Aber deswegen ist doch so etwas wie eine Einheitsaktia festzustellen, und ob nun die „Deutsche Tageszeitung“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ oder das „Berliner Tageblatt“ zu den Wahlen Propaganda machten, sie setzten mit sehr vielen Zahlen und sehr vielen Unrichtigkeiten auseinander, daß der Krebschaden die zu stark entwickelte Gemeinwirtschaft sei. In Berlin gab es sogar ein gemeinsames Plakat „gegen den Marxismus“ (lies Gemeinwirtschaft!), von dem nach der Wahl allerdings das „B. T.“ etwas abrückte. Gefordert wurde die Rückführung zahlreicher Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden in die Hände der Privatwirtschaft. Als Argument mußte auch hierzu — schwer begrifflicherweise — die Sklarek-Angelegenheit dienen, was eigentlich von ausgesprochenem Demagogie zeugt! Denn jeder ernst zu nehmende Kommunalpolitiker wußte ganz genau (also auch die Mehrzahl der Artikelschreiber), daß der Sklarek-Skandal gerade ein lehrreiches Beispiel dafür ist, wie es den Gemeinden ergehen würde — und zum Teil noch ergeht — soweit sie von der Privatwirtschaft beliefert werden, die Monopolverträge mit ihnen abschließt.

Auch der Versuch, es so darzustellen, als wenn der Sklarek-Sumpf just durch die Sozialdemokratie erklärlich gemacht werden kann, muß als ein arges demagogisches Wahlkunststück bezeichnet werden. Hier haben sich allerdings Nationalsozialisten und Kommunisten in die Hände gearbeitet.

Es verdient übrigens auch Beachtung, daß „Der Deutsche“, ein Organ der christlichen Gewerkschaften, sich in seiner Sozialistenheße in keiner Weise von der „Nachtausgabe“ oder „Die Welt am Abend“ unterschied. Fast jede Nummer dieses, ja auch wohl Zentrumsorgans, brachte so grobe Angriffe, daß man nicht gut annehmen kann, der betreffende „christliche Journalist“ sei überzeugt von dem hahnnebückenen Unsinn, den er zum besten gab.

Nun konnte den einen oder andern stugig machen die „katholische Aktion“, die am 20. November 1929 im Berliner Sportpalast erfolgte. Hier hatte sich der neue Berliner Bischof

Schreiber unter Anwesenheit eines erheblichen Teils von Reichs- und Staatsministern mit einer großen Rede eingeführt, die sozial und gewerkschaftlich gesehen, recht radikale Töne anschlug. Schon in seiner Einleitung betonte er, daß er aus einer Handwerkerfamilie stamme und daß jeder Geistliche aus dem Volke bis zur höchsten geistlichen Würde emporsteigen könne. Wir möchten einmal sehen, wie sich der evangelische Oberkirchenrat zu dieser Auffassung stellt! Aber es verlohnt sich vielleicht, in diesem Zusammenhang die Stellung des Bischofs Schreiber zur Republik festzustellen. Wie die Zeitungen berichteten, führte er unter stürmischem Beifall und mit starker Betonung aus:

„Ich stehe bejahend zum neuen Staat. Bis zur Revolution habe ich mit ganzer Seele der Monarchie angehangen. Nach der Revolution haben die Monarchen auf ihre Rechte verzichtet, und in freier Wahl hat sich die überwältigende Mehrheit für die Republik entschieden. Deshalb ist es die Pflicht aller Katholiken, alle Umsturzpläne zu bekämpfen, und ich appelliere an alle Staatsbürger, besonders mit Rücksicht auf die schweren Fragen der Außenpolitik und der Wirtschaft, diesen Streitstoff zu beseitigen.“

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt ist noch wichtig, daß der Bischof erklärte, er bringe besonderes Verständnis den Nöten der Arbeitslosen entgegen, ebenso sei er für eine ausreichende Entlohnung der Arbeiter. Staat und Gemeinden müßten eintreten für ein Existenzminimum, für ein menschenwürdiges Dasein. Als Bischof werde er seine ganze Kraft einsetzen, um zu einer Volksgemeinschaft zu kommen durch Au s g l e i c h zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Nun der Herr Bischof kann in Berlin sehr viel Arbeit bekommen; denn es sieht ganz gewiß nicht danach aus, als wenn die Arbeitgeber einen Ausgleich suchten, sondern sie verlangen bezüglich der Arbeitslosen, als auch des Existenzminimums eine H e r a b d r ü c k u n g, und wenn der Generalangriff einstweilig auch abgeschlagen werden konnte, sind doch die Führer der Arbeitgeberverbände nach wie vor kräftig bemüht, gegen die Sozialpolitik zu wettern, und es ist ihnen sogar gelungen, im Verein für Sozialpolitik eine Fanfare für Abbau der Sozialpolitik zu blasen. Es darf in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen werden, daß gerade, weil das Zentrum für die volle Erhaltung der Arbeitslosenversicherung nicht zu haben war, die Sozialdemokratie zu dem nunmehr abgeschlossenen Kompromiß gezwungen wurde. Also Herr Bischof, es bleibt doch allerhand Arbeit zu tun in den eigenen Reihen! * * * *

Das Gesamtergebn der Gemeinde- und Provinziallandtagswahlen läßt sich zusammenfassend dahin charakterisieren, daß die Sozialdemokraten in der Provinz insbesondere in Hannover, Bielefeld, Stettin, Köln, im Freistaat Sachsen usw. erheblichen Zuwachs erhielten, so daß z. B. Hannover nunmehr eine kompakte sozialdemokratische

Mehrheit besitzt. Ob sich damit nicht vielleicht doch eine Revision des unglückseligen Beschlusses über die Ferngasversorgung ermöglicht, bleibt abzuwarten. Die KPD. hat in allen Provinzen durchweg 10 bis 20 Proz. Stimmenabnahme aufzuweisen. Aber deswegen ist das Segesgcheul der Kommunisten nicht geringer geworden; denn sie haben ja einen „Bombenerfolg“ in Berlin erreicht! Ueber 200 000 Wähler strömten aus ihrem Reservoir ihnen zu, so daß sie fast die Zahl ihrer Reichstagswähler von 1928 erreichten. — Die Sozialdemokratie weist nur 50 000 Stimmen Zuwachs auf gegen 1925. Infolge der stärkeren Gesamtbeteiligung (über 70 Proz.) haben die Sozialdemokraten 9 Mandate verloren, sind allerdings mit ihren 651 735 Stimmen noch immer die weitaus stärkste Arbeiterpartei (KPD. 565 595). Das Resultat sollte aber Anlaß geben zu ernstesten Erörterungen innerhalb der Partei, und in der Tat finden wir z. B. in der „Gesellschaft“, dem wissenschaftlichen Organ der SPD., eine gründliche Betrachtung von Georg Decker über den Sklarek-Skandal, der uns überaus beachtlich erscheint. Er setzt darin auseinander, daß von jeher im Bürgertum die Tendenz bestand, den Arbeitern eine gewisse Chance zum individuellen Aufstieg zu geben, um auf diese Weise der Arbeiterklasse die fähigsten Köpfe zu nehmen. Diese Tendenz findet nun insofern stärkere Unterstützung in Staat und Gemeinden, weil die Befegung Tausender aus der Arbeiterbewegung zu Staatsbeamten, Stadträten, Dezernenten usw. erforderlich wird. Oftmals ist damit nicht nur der Anschluß an bürgerlichem Komfort und an die sogenannte „bessere Gesellschaft“ verbunden, sondern in dieser Zeit des Ueberganges fehlt allzuoft auch die kulturelle Ueberlegenheit derer, die neu in solche gutbezahlte Stellen kommen, so daß zwar keine Abkehr von der Sozialdemokratie erfolgt, aber doch der Dienst an der Klasse der Arbeiterschaft allzu stark in den Hintergrund tritt! Natürlich muß man sich vor Verallgemeinerungen hüten. Dies Bild gilt nur für einzelne. Der Sklarek-Fall hat aber bewiesen, daß es doch eine ganze Anzahl „solcher einzelnen“ gibt! Es ist und bleibt Aufgabe der Partei, alles daran zu setzen, daß die Politik nicht zum Geschäft wird, sondern Politik als Dienst und Lebensaufgabe für das Wohl der Gesamtheit, der Arbeiterklasse, der jeder Sozialdemokrat zugehört. * * *

Bekanntlich sind im Sklarek-Skandal weitere Aufklärungen erfolgt, insbesondere haben die Darlegungen Capolakis vor dem Untersuchungsausschuß allerhand neues Material hervorgebracht. Man muß nach diesem Resultat feststellen, daß in der Tat in Berlin Ungeheuerlichkeiten vorgekommen sind, die in erster Linie der Magistrat und auch der Oberbürgermeister Böß zu verantworten haben. Wir möchten uns jetzt noch vorbehalten, bei Abschluß des Prozesses hierzu Ausführlicheres zu sagen. Aber in Verbindung mit dem Ausgang der Wahlen muß schon festgestellt werden, daß sowohl der „Dorwärts“, als auch der Berliner Parteivorstand der SPD. u. E. etwas weniger Zurückhaltung hätten üben sollen vor der Wahl! Wenn man z. B. im demokratischen Organ der „Frankfurter Zeitung“ den Fall Böß an leitender Stelle schildert und ihn völlig fallen läßt, während der „Dorwärts“ bis heute aus seiner vorsichtig abwägenden Haltung noch nicht herausgekommen ist, so darf es nicht wundernehmen, daß tausende wenig orientierter Wähler in Böß so eine Art „Hauptling der Sozialdemokratie“ erblickten und demzufolge nicht für die Sozialdemokratie stimmten. Auch die Verurteilung der Verfehlungen einer Anzahl von Parteigenossen nimmt anscheinend einen recht langsamen Gang! So wurde z. B. erst nach der Wahl vom „Dorwärts“ bekanntgegeben, daß auch Schünning ausgeschlossen werden mußte, obwohl dieser Ausschluß bereits vor der Wahl (am 12. XI. 29) erfolgt sein soll. Auch sonst wird sich von gewerkschaftlichem Standpunkt aus manches sagen lassen, was für die Zukunft zu beherzigen wäre. Damit wollen wir aber beileibe nicht anerkennen, daß

die Schimpfkanonaden und der Verleumdungsfeldzug der KPD. als Mittel „politischer Erziehung der Zukunft“ anzusehen wäre. Im Interesse der Sauberkeit in der politischen Arena ist vielmehr zu sagen, daß neben dem Sklarek-Skandal auch noch ein Kommunisten-Skandal ohnegleichen existiert. Wir möchten unseren kommunistisch gesinnten Mitgliedern so wenig wie möglich wehtun. Wir haben nichts gegen ihre Weltanschauung und politische Betätigung; sie sind uns als Kollegen und Gewerkschaftskameraden durchaus genehm, unbeschadet ihrer abweichenden politischen Auffassung! Aber was soll man dazu sagen, wenn die KPD., die laut Nachweis des Sklarek-Untersuchungsausschusses am weitaus stärksten die Verantwortung für den Sklarek-Skandal hat, sich aufspielt, als ob sie eine reine Weste an hätte und nur die Sozialdemokraten die „Lumpen und Betrüger“ seien. Es ist festgestellt worden, daß der Kommunist Gabel allmonatlich tausend Mark Bestechungsgelder bezogen hat (was man bis jetzt keinem Sozialdemokraten nachsagen kann). Es ist ferner festzustellen, daß der kommunistische Stadtrat Degner neben seiner Stadtratstätigkeit auch noch regelrechter Sekretär der Firma Sklarek war! Je tiefer man in den Sklarek-Sumpf eindringt, um so stärker tritt freilich in Erscheinung, daß eigentlich alle Parteien an dieser Affäre teilhaben, und so sollte man wohl erwarten, daß nunmehr eine gründliche Reinigung sich vollzieht. * * *

Wie wird nun die neue Kommunalpolitik aussehen? An denjenigen Orten, wo die SPD. (wie in Hannover) eine absolute Mehrheit hat, kann in Zukunft zielklare sozialistische Kommunalpolitik durchgeführt werden. Im Freistaat Sachsen ist trotz erheblicher Fortschritte unserer Stimmen zum Teil eine bürgerliche Mehrheit entstanden infolge der Verluste der Kommunisten. Mit den Kommunistenvertretern in den Gemeinden war leider zumeist nicht zu arbeiten, einmal, weil sie den Etat ablehnten, zum andern, weil sie auch sonst unbegrenzte Forderungen aufstellten, ohne für etwaige Deckungen einzutreten. Die Schwierigkeiten werden in Zukunft aber noch größer sein, und das trifft besonders für Berlin zu, wo zwar ebenfalls eine erhebliche Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten besteht, die bisherige Etatmehrheit aber aufgelogen ist. Dieses hängt die Entscheidung in großstädtischen Gemeindeparlamenten von den Nationalsozialisten ab. Es muß sich sehr bald zeigen, ob die Spekulation Hugenberg's (die eigene Partei zu schwächen zugunsten des rechtsradikalen Flügels) sich zum Schaden des Bürgertums auswirkt. Soviel aber läßt sich bereits klar erkennen, die gesamte Kommunalpolitik wird noch stärker als bisher unter parteipolitischen Gesichtspunkten geführt werden. Damit entsteht die große Gefahr, daß die rein sachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten oftmals in den Hintergrund gedrängt werden. Darunter kann unter Umständen die gesamte Gemeinwirtschaft leiden. * * *

Wir sehen aber die Dinge letzten Endes nicht gar so tragisch an. Denn wir haben ja eine starke gewerkschaftliche Organisation in Gemeinde- und Staatsbetrieben, hinter der außerdem ab 1. Januar 1930 der „Gesamtvorbund der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ steht. Mögen sich die politischen Parteien zerrren. Wir werden unsere organisatorischen Kräfte in die Waagschale werfen. Und es kann mit Genugtuung verzeichnet werden, daß eine große Anzahl unserer Verbandskollegen in die verschiedenen Gemeindeparlamente, in die Kreis- und Provinziallandtage gewählt worden ist. Sie werden mit Interesse, Sachkunde und mit der notwendigen wirtschaftlichen Kenntnis der Betriebsverhältnisse dafür zu sorgen haben, daß die politischen Streitigkeiten nicht in den Himmel wachsen und die ganze Arbeit für die Gemeinwirtschaft lahmlegen oder gefährden. Darum dürfen wir als Ausklang unserer Betrachtung der Zukunft Ausdruck verleihen, daß es trotz alledem vorwärts gehen wird mit der Gemeinwirtschaft. Emil Dittmer.

Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Spiegel der Statistik

Das Statistische Reichsamt hat in der Zeit vom März 1927 bis zum Februar 1928 nach 20jähriger Pause wieder eine Erhebung veranstaltet, die den Haushaltsungsverbrauch der Arbeitnehmer zu ihrem Gegenstand hatte. Das Ergebnis liegt nunmehr vor. Befragt wurden 2400 Lohn- und Gehaltsempfänger, von denen 2036 ganzjährige Wirtschaftsabrechnungen geführt haben. Vor einigen Wochen sind in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die ersten Ergebnisse der Untersuchungen des Haushaltsverbrauchs von 896 Arbeiterfamilien veröffentlicht worden. In diese Hauptübersicht sind die Wirtschaftsabrechnungen von 56 weiteren Arbeiterhaushaltungen, die infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streik oder Aussperrung größere Einnahmeausfälle hatten, nicht mit einbezogen worden. Sie sollen später gesondert bearbeitet werden.

Von der tatsächlichen Lebenshaltung der breiten Masse wußte man bis zur Veröffentlichung dieses Ergebnisses aus neuerer Zeit verhältnismäßig wenig. Es hat deshalb in den vergangenen Jahren nicht an Stimmen gefehlt, die behaupteten, daß nicht nur das gegenwärtige Einkommensniveau der deutschen Arbeitnehmer weit über dem der letzten Vorkriegsjahre liege, sondern daß auch die Lebenshaltung eine bessere als in der Vorkriegszeit sei. Diese Behauptungen, die meistens von Unternehmern aufgestellt wurden, um Forderungen der Arbeitnehmer nach höherem Einkommen zurückzuweisen, oder auch aus dem Lager der „Wissenschaft“ stammten, sind nie bewiesen worden. Sie konnten aber auch nicht bewiesen werden, weil es an einwandfreiem Beweismaterial fehlte.

Die Haushaltsstatistik ist ein Stiefkind der amtlichen Statistik. Eine Pause von 20 Jahren bedeutet eine Lücke, die nicht mehr zu schließen sein wird, und deren Vorhandensein sich besonders bei der Aufstellung des Verbrauchsschemas für die Berechnung der Indexpfiffer der Lebenshaltungskosten (Basis 1913) unangenehm bemerkbar gemacht hat. Auch die Haushaltsstatistiken, die in der Zwischenzeit von gewerkschaftlichen Verbänden durchgeführt worden sind und die sich naturgemäß nur auf bestimmte Berufs- oder Industriezweige erstreckten, vermochten diese Lücke nicht zu schließen. Die Frage, wie die Lebenshaltung der deutschen arbeitenden Klasse in den Jahren vor Ausbruch des Krieges in Wirklichkeit beschaffen war, wird infolge des Fehlens von statistischem Material für immer ohne befriedigende Antwort bleiben. Die nachträgliche Konstruktion eines Verbrauchsschemas durch das Statistische Reichsamt für diese Zeit lehnt sich eng an das Ergebnis der Erhebung vom Jahre 1907 an! Sie läßt die qualitativen und quantitativen Veränderungen des Haushaltsverbrauchs, die bis zum Kriebsausbruch (also während sechs, auch für die Arbeitnehmer verhältnismäßig günstiger Wirtschaftsjahre) eingetreten waren, fast unberücksichtigt.

Wir wollen im folgenden kurz auf die Ergebnisse der letzten Statistik eingehen. Eine ausführliche Behandlung des gesamten statistischen Materials wird erst möglich sein, wenn auch die Ergebnisse der Untersuchungen der Angestellten- und Beamtenhaushaltungen veröffentlicht worden sind. Im Durchschnitt der befragten Arbeiterhaushaltungen ergab sich ein Familienstand von 4,2 Personen. Auf eine Familie kommen neben dem Ehemann und der Ehefrau 1,8 Kinder unter 15 Jahren und 0,4 sonstige Haushaltsmitglieder. Auf der Einnahmeseite werden „Arbeits- und andere Einkommen“ und „Flüssigmachen von Kapital und Schuldenaufnahme“ unterschieden. Von den gesamten Einnahmen sind im Durchschnitt aller Haushaltungen 89,7 Proz. Arbeitseinkommen (Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes 79,6 Proz., Nebenerwerb 1,1 Proz., Arbeitseinkommen der Ehefrau 4,2 Proz. und der sonstigen Haushaltsmitglieder 4,8 Proz.) und 8 Proz. andere Einnahmen (aus Untervermietung, Versicherungen, Zinsen, Unterstützung und Geschenken), 1 Proz. sind abgehobene Spargelder und Wiedereingänge von Darlehen und 9 Proz. entfallen auf Lohnvorschüsse, Waren- und Gelddarlehen. Von den an der Statistik beteiligten Familien haben 253 Gartenland, Geflügel- oder Kleintierhaltung, von denen 192 durchschnittlich einen Gewinn von 56 Mk. und 61 einen Verlust von 20 Mk. erzielten. Die mit der Bewirtschaftung verbundene Arbeit ist dabei nicht in Rechnung gestellt worden.

Auf der Ausgaben Seite wird im Gesamtdurchschnitt ein Jahreseinkommen von 3325 Mk. ausgewiesen. Eine Fehlerquelle, die sich auch in Zukunft kaum vermeiden lassen wird, besteht schon darin, daß sich in der Regel nur verhältnismäßig gutgestellte Familien, die in geordneten Verhältnissen leben, zur Führung von Wirtschaftsrechnungen herbeifinden. Durch diesen Umstand ergeben alle statistischen Erhebungen dieser Art ein

günstigeres Resultat. In Wirklichkeit liegt das Jahreseinkommen des größten Teils der Arbeiterschaft heute noch ganz erheblich unter dem genannten Durchschnittssatz.

Die nachstehende Gegenüberstellung zeigt, welche Veränderungen bei den wichtigsten Haushaltsausgaben im Verlaufe von 20 Jahren eingetreten sind. Es handelt sich hierbei um die niedrigsten Einkommensstufen der beiden amtlichen Erhebungen.

	Arbeiterhaushalte mit einem Jahreseinkommen	
	1907 bis 1600 Mark	1927 1928 bis 2500 Mark
	Ausgaben in Prozent)	
Ernährung	54,9	41,9
Wohnung u. Einrichtung	16,8	15,0
Heizung und Beleuchtung	4,9	4,3
Bekleidung	9,4	10,4
Sonstiger Bedarf	14,0	22,4
	100,0	100,0

Waren im Jahre 1907 in der untersten Einkommensgruppe 54,9 Proz. der Haushaltsausgaben für die Deckung des Ernährungsbedarfs notwendig, so waren es bei der letzten Erhebung in der gleichen Gruppe nur noch 47,9 Proz. Auch die Anteile der Ausgaben für Wohnung und Einrichtung und für Heizung und Beleuchtung sind kleiner. Größer sind die Anteile für Bekleidung und für den sonstigen Bedarf. Ob sich die Arbeiterfamilie heute schlechter ernährt als früher, geht aus dem vorliegenden statistischen Material nicht hervor. Dazu muß die mengenmäßige Aufgliederung des Haushaltsverbrauchs abgewartet werden. Schlechtere Ernährung ist aber kaum anzunehmen, da die Ausgaben für Ernährung, die zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Gesundheit notwendig sind, allen anderen Ausgaben im Range voranstehen. Näher liegt die Vermutung, daß die Verschiebung zu einem großen Teil auf die Preisbewegungen zurückzuführen ist, denn die Preise für Bekleidung und für den Kulturbedarf sind gegenüber der Vorkriegszeit stärker gestiegen als die Preise für Nahrungsmittel und Genussmittel, für Wohnung (Altwohnungen), für Heizung, Gas und Elektrizität. Zum andern Teil befinden sich aber unter den sonstigen Ausgaben viele notwendige und nicht zu umgehende Ausgaben. Von diesen sind z. B. die Aufwendungen für Versicherungen von 3,2 auf 8,8 Proz. der Gesamtausgaben gestiegen. Der Steueranteil stieg von 1,1 auf 1,7 Proz. und die Ausgaben für Bildung sogar von 0,4 Proz. auf 1,8 Proz. Als neuer Posten erscheint in der letzten Statistik die Verbands- und anderen Mitgliedsbeiträge, die 2,2 Proz. der Gesamtausgaben beanspruchen.

Es zeigt sich also, daß sich die Struktur des Haushaltsverbrauchs im Verlauf von 20 Jahren wesentlich höher verändert hat. Alles in allem erscheint das Ergebnis nicht ungünstig. Wenn das Engische Gesetz, nach dem mit steigendem Einkommen die Ernährungsausgaben in ihrem Anteil an den Gesamtausgaben zurückgehen, sich auch als richtig erweist, wenn man von einem kleineren Anteil der Ernährungsausgaben auf größere Möglichkeiten zur Deckung des Kulturbedarfs schließt, dann läßt sich behaupten, daß die heutige Lebenshaltung der Arbeiterschaft theoretisch eine bessere ist als die zur Zeit der vorletzten Erhebung. Ob das auch in Wirklichkeit der Fall gewesen ist, läßt sich mit Sicherheit nicht behaupten, weil es einwandfrei nicht zu beweisen sein wird.

Im Verlauf von 20 Jahren haben sich die Ernährungsverhältnisse verändert, so daß unmittelbare Vergleiche des Ernährungsbedarfs kaum möglich erscheinen. Ein Vergleich des Bedarfs an Kleidungsstücken in qualitativer Hinsicht mit dem von 1907 stößt schon auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Wollte man versuchen, den Kulturbedarf über eine Zeitspanne von 20 Jahren hinweg gegenüberzustellen, dann würde man sehr schnell an die Grenzen der Statistik gelangen. Ganz sicher ist, daß die Arbeiterschaft heute in einem größeren Maße als früher an den Errungenschaften des kulturellen Fortschritts teil hat. Es wäre ja auch noch schöner, wenn im Zeitalter fortgesetzter technischer Fortschritte und der ungeheuer gesteigerten Produktivität der Volkswirtschaft durch Rationalisierung und gesteigertes Arbeitstempo die Arbeitnehmer nicht wenigstens einen kleinen Fortschritt aufzuweisen hätten. Es ist aber nicht zuletzt das Wirken der gewerkschaftlichen Organisation gewesen, das die Voraussetzungen für diese Entwicklung geschaffen hat. K. K.

Dreißig Jahre Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

I.

Berlin ist für die Konsumgenossenschaftsbewegung sehr schwieriges Terrain. Hier herrschen seit Jahrzehnten die riesigen Warenhäuser von A. Wertheim und Hermann Tieg, zu denen vor einigen Monaten noch der ebenso große Warenhauskonzern von R. Karstadt mit seiner Tochtergesellschaft „Epa, Einheitspreis-A.-G.“ getreten ist. Gegen diese Warenhäuser, die schon im einzelnen viel kapitalkräftiger als die Berliner Konsumgenossenschaft sind, erfolgreich den Konkurrenzkampf durchzuführen, bedarf es der ganzen Umsicht der Leitung der Konsumgenossenschaft. Dieser in Berlin sehr früh auftretende Handelskapitalismus hat es auch verschuldet, daß hier erst verhältnismäßig spät eine Konsumgenossenschaftsbewegung entstand und in den ersten Jahren ein sehr kümmerliches Dasein führte. Es kam noch hinzu, daß diese im vornherein nicht als einheitliche Genossenschaft auftrat, sondern sich schon im Gründungsjahre 1899 in drei Vereine zersplitterte, zu denen in den nächsten Jahren noch mehrere Neugründungen hinzukamen. Erst nachdem mehrere Vereine in dem „Konsumverein-Nord“ aufgegangen waren, der dann den heutigen Namen „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend“ (KGB.) annahm, und besonders, nachdem im Jahre 1908 eine Verschmelzung mit dem fast gleich starken „Berliner Konsumverein“ erfolgte, nahm die Genossenschaftsbewegung größeren Aufschwung. Die Entwicklung bis 1908, die man als die erste Periode der KGB. ansehen kann, und die der zweiten Periode von 1908 bis 1914, zeigt Tabelle I:

Tabelle I.

Geschäftsjahr	Zahl der Mitglieder	Umsatz Mark	Zahl der Abgabestellen
1899/1900	386	50 490	1
1900/1901	1 218	185 315	3
1901/1902	2 199	330 406	7
1902/1903	4 787	855 515	15
1903/1904	5 227	814 258	16
1904/1905	4 947	760 816	16
1905/1906	4 631	665 803	15
1906/1907	5 790	696 590	15
1907/1908	10 221	1 101 457	20
1908/1909	19 172	2 805 513	42
1909/1910	27 957	4 162 097	45
1910/1911	38 423	6 071 998	60
1911/1912	56 678	10 540 182	88
1912/1913	77 155	14 987 277	107
1913/1914	86 514	17 356 250	124

Die nächsten beiden Perioden 1914 bis 1919 (Krieg) und 1919 bis 1924 (Inflation) zeigen weiteren Aufstieg der Mitgliederzahlen und des Umsatzes, in der zweiten auch der Ausgabestellen. Die Bewegung krankte aber doch, da die Steigerung des Umsatzes infolge der bereits im August 1914 einsetzenden und sich fortgesetzt steigenden Markverschlechterung nur eine scheinbare war. Das beweist schon der Umstand, daß in diesen zehn Jahren an einen Ausbau der Genossenschaft aus Mangel an Mitteln nicht gedacht werden konnte und daß nach Eintritt besserer Verhältnisse im Jahre 1924 Tausende von Mitgliedern ausgeschlossen werden mußten, weil sie zwar die größeren Vorteile, die ihnen die KGB. während der ungesündesten Wirtschaftsverhältnisse bot, in Anspruch nahmen, nach Eintritt der Marktstabilisierung aber ihren Bedarf wieder in den Warenhäusern und sonstwo deckten. Tabelle II spiegelt das Leben der Genossenschaft in den Perioden Krieg und Inflation wieder.

Tabelle II.

Geschäftsjahr	Zahl der Mitglieder	Umsatz Mark	Zahl der Abgabestellen
1914/1915	94 295	17 820 934	124
1915/1916	110 467	24 216 665	124
1916/1917	108 122	26 591 515	124
1917/1918	110 511	29 352 429	124
1918/1919	116 196	45 321 742	124
1919/1920	134 891	137 921 477	140
1920/1921	125 622	232 071 454	146
1921/1922	139 362	546 708 471	157
1922/1923	164 688	45 203 911 715	170
Juli Dezember 1923	157 044	4 068 743 Bll.	171
Januar Juli 1924	162 768	12 812 803 Rbl.	184

Die fünfte Periode 1924 bis zum Abschluß des dreißigsten Geschäftsjahres, am 30. Juni 1929, zeigt einen erfreulich starken

Aufstieg, zumal inzwischen fast alle kleineren Konsumgenossenschaften in Berlin und der näheren Umgebung von der KGB. aufgenommen worden waren. Im ganzen haben sich im Laufe der dreißig Jahre 13 genossenschaftliche Vereinigungen der KGB. angeschlossen. Die Aufwärtsentwicklung des letzten Jahres zeigt Tabelle III.

Tabelle III.

Geschäftsjahr	Zahl der Mitglieder	Umsatz Mk	Zahl der Abgabestellen
1924/1925	154 032	27 598 123,99	193
1925/1926	133 33	33 078 542,32	240
1926/1927	128 683	40 674 976,87	247
1927/1928	146 192	51 997 043,99	259
1928/1929	170 935	68 224 067,79	283

Ueber die Entwicklung der KGB. im dreißigsten Geschäftsjahr (1928/1929) berichtet nun ausführlich das in festlicher Aufmachung erschienene Jahrbuch. Wir entnehmen daraus folgende interessante Angaben:

Die Ergebnisse des 30. Geschäftsjahres übertreffen in jeder Hinsicht die Fortschritte der vorausgegangenen Geschäftsjahre. Der Umsatz zeigt eine Zunahme, wie sie noch in keinem der zurückliegenden Geschäftsjahre zu verzeichnen war. In einer 14-jährigen Entwicklung (1899—1913) brachte es die Genossenschaft auf rund 15 Millionen Mark Umsatz — im letzten Geschäftsjahr allein betrug die Zunahme 16 Millionen Reichsmark! In ähnlicher günstiger Weise gestaltete sich die Mitgliederbewegung; 34 264 Haushaltungen schlossen sich der Berliner Verbraucherorganisation an, eine Zahl, die bisher noch in keinem Geschäftsjahr erreicht wurde. Was vom Umsatz und der Mitgliederbewegung gesagt werden kann, läßt sich auch bezüglich der Sparkasse feststellen; auch hier eine Höchstzahl in der Steigerung der Spareinlagen: auf 10 Millionen Reichsmark belief sich die Erhöhung des Spareinlagenbestandes. Bei Beurteilung der erfreulichen Fortschritte auf allen Gebieten ist zu beachten, daß die günstige Entwicklung sich vollzog in einer Zeit, in der wirtschaftliche Bedürfnisse, besonders die katastrophale Frostperiode, in schwerster Weise die Kaufkraft einengten.

Der Jahresbericht zählt dann eine Reihe Waren auf, die große Umsätze erzielt haben. Ebenso ist eine starke Steigerung der Eigenprodukte: Fleisch- und Wurstwaren, Brot und Konditorwaren, Mineralwasser usw. zu verzeichnen. Die vorhandenen Bäckereien reichen nicht mehr aus. In Spandau ist bereits der Bau einer vierten Großbäckerei in Angriff genommen.

In Angriff genommen wurde auch der Bau eines Gebäudes auf dem Gelände der Zentrale in Berlin-Lichtenberg. In diesem Gebäude sollen untergebracht werden: Expedition für Hauslieferung, Mineralwasserfabrik, Büroräume, da allmählich auch das Verwaltungsgebäude zu eng geworden ist, um allen für den kaufmännischen Betrieb Angestellten noch Raum gewähren zu können, sowie Kantine, Garderoben- und Baderäume für das Personal.

Um das Warenhaus I zu erweitern, wurden die Häuser Luisenufer 27, 28, 29, 30 und Drinzeßinnenstraße 3, 4, 5 und 6 erworben. „Um die Häuser abreißen zu dürfen, müssen wir zunächst soviele Wohnraum beschaffen, wie durch den Abriß der alten Häuser verloren geht. Zu diesem Zwecke haben wir uns in der Bornhöfstraße, Ecke Rulchestraße, in Lichtenberg gelegenes Gelände mit Wohnhäusern bebaut. Die Wohnungen werden im Oktober/Dezember 1929 bezogen werden können.“

Die starke Steigerung der Abgabestellen zeigt Tabelle 3. Verhältnismäßig noch stärker war aber die Vermehrung der Fleischabgabestellen, die von 18 auf 33 wuchs.

Die Warenhausabteilung der Genossenschaft erbrachte folgende Umsätze: im Geschäftsjahr 1928/1929: 8 595 578,17 Mk., 1927/1928: 5 292 744,45 Mk., Mehrumsatz 3 302 833,71 Mk. = 62,4 Proz. Erstmals trat das Warenhaus I, Berlin S, Oranienstraße 164/165, mit einer ganzjährigen Betriebsführung in Erscheinung; der Umsatz betrug hier 5 094 687,53 Mk., d. h. 59,2 Proz. des Umsatzes der aus fünf Warenhäusern, vier Manufakturwarenabteilungen und einem Möbelager bestehenden Gesamtgruppe. Die auf das Warenhaus I gesetzten Erwartungen haben sich voll und ganz erfüllt. Die vorhandenen Räumlichkeiten erwiesen sich bereits in vieler Beziehung als zu beengt, was sich besonders im Dezember mit der durch das Weihnachtsgeschäft bedingten erhöhten Inanspruchnahme unliebsam bemerkbar machte. Eine Erweiterung des Warenhauses I ist dringend erforderlich. Die guten Ergebnisse in diesem Warenhaus lassen es angezeigt erscheinen, für die Warenhausabteilung auch noch in anderer Form eine Ausdehnung in Aussicht zu nehmen. Wie im Süden Berlins, sollen auch in anderen dichtbevölkerten Stadtteilen größere moderne genossenschaftliche Warenhäuser entstehen. In Vorbereitung hierfür sind folgende Grundstücke erworben worden: Frankfurter Allee 17/18 und Titauer Straße 1/4 im Osten sowie das zur Reinickendorfer Straße durchgehende Grundstück Müllerstraße 89 im Norden Berlins. G. R.

Der Rundfunk als Kulturträger

Noch viel rascher, als das Kino wußte sich der Funk die Massen zu erobern, und er ist heute nicht nur ein Kulturträger allerersten Ranges, sondern auch ein internationaler Revolutionär geworden. Seine Wellen umkreisen den Erdball, für ihn existieren keine Grenzen, und über alle geistige Beschränktheit setzt er sich hinweg. Da hilft keine Zensur und kein Verbot, sein Ruf tönt in alle Länder, bringt Kunde von den Errungenschaften der Technik, von Not und Leid, von Krieg und dem Vordringen des Sozialismus. Aber wie jede Errungenschaft der Technik, so bringt auch der Rundfunk die Länder und Staaten in Gegensatz zueinander. Man versucht, die Wellenlängen unter sich so aufzuteilen, daß alle zu ihrem Recht kommen, und doch wird diese mühevollste Arbeit zum wesentlichen dadurch illusorisch, daß jede Nation bestrebt ist, den stärksten Sender der Welt zu besitzen. — Die Arbeiterbewegung in ihrer internationalen Verbundenheit kann auch dem Rundfunkwesen und dessen weltumspannender Bedeutung nicht untätig gegenüberstehen. Alle sozialistischen Organisationen sind hier unmittelbar interessiert, die politischen sowohl als auch die gewerkschaftlichen und die kulturellen. Das Wirken der sozialistischen Arbeiterbewegung auf dem Gebiet des Rundfunks steht zwar noch in den Anfängen, die Arbeiterbewegung selbst muß aber im Rundfunk in ausreichendem Maße zu Wort kommen. Was die sozialistische Arbeiterbewegung als ihre geschichtliche Aufgabe betrachtet: eine grundlegende Reorganisation des Zusammenlebens der Menschen auf der ganzen Erde, kann durch den Rundfunk mächtig gefördert werden. — Die leider zu spät erkannte Wahrheit, daß ein moderner Staat nicht gegen, sondern nur mit dem Arbeiter regiert werden kann, gilt auch für den Rundfunk. Schon allein der große Prozentsatz der Arbeitnehmer unter den Hörern zwingt den Rundfunk, die Interessen der Arbeiterschaft in seinem Programm zu berücksichtigen. Die weit über fünf Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind mit die bedeutendsten Zahler der Rundfunkunternehmen und können deshalb auch mit Fug und Recht beanspruchen, daß man ihre Wünsche mehr berücksichtigt, als das bisher der Fall war. Die Gewerkschaftsbewegung ist die größte Kulturbewegung unserer Zeit und der Zukunft, und das Argument muß die Geldsackinteressen einer bestimmten Schicht überwiegen.

Steht man sich die bis heute gebotenen Programme des Rundfunks an, so wird man sagen müssen, daß die Erkenntnis von der kulturellen Bedeutung des Gewerkschaftswesens in diesen Kreisen noch nicht tief eingedrungen ist, man kann allenfalls sagen, daß sie und da schon einigermassen „Wohlmollen“ anzutreffen ist. Die organisierte Arbeitnehmerschaft aber verlangt ihr demokratisches Recht.

Die Forderungen der Arbeiterschaft scheiterten bis heute im wesentlichen an der privatkapitalistisch aufgezogenen Form der Rundfunkgesellschaften. Es ist Bedacht darauf zu nehmen, daß bei Ablauf der jetzt geltenden Verträge das Reich die Bewirtlichung dieses politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell wichtigsten Organs selbst übernimmt. In der Hand des Kapitalismus kann sonst leicht eine Einrichtung, die geeignet ist, zum Segen und zur Verständigung unter den Völkern zu wirken, zum Fluch werden. Der Rundfunk ist neben der Presse und dem Kino ein ungeheures Machtmittel, das nicht einseitig einer gewissen Klasse zur Verfügung stehen darf, und wenn auch keine Rundfunkzensur besteht, so haben wir doch zensurähnliche Bestimmungen, die sich oft schärfer

auswirken, als gerade nötig und zweckmäßig ist. Wir geben zu, daß man bei Millionen von Hörern nicht immer den Geschmack des einzelnen trifft, aber es geht doch zu weit, wenn man z. B. das von einem Schauspieler vorgetragene Gedicht „Zehn Jahre Republik“ unterschlägt und eine technische Störung vorführt.

In Berlin wurden weiter einem sozialistischen Abstinenter aus einem Vortrag über Alkoholmißbrauch einfache Feststellungen gestrichen. Das sind nur zwei Beispiele, die aber eine bestimmte Tendenz im Rundfunk verraten. Der Rundfunk muß ein wahrhaftes Spiegelbild unseres Daseins mit allen Anschauungen und Auffassungen sein. — Gerade zu diesen Dingen hat Reichsinnen-

minister Severing im September 1929 ganz präzis Stellung genommen. Er sagte: „Wenn ich bestrebt war und bin, den Rundfunk auch politischen Unterhaltungen zu erschließen, so leitet mich lediglich das Bestreben, die Einrichtung des Rundfunks zu aktualisieren und den Rundfunk immer mehr zu einem Mittel aller Wissenszweige zu machen. Man hat gegen die politischen Unterhaltungen des Rundfunks geltend gemacht, daß sie Widersprüchen in diesem oder jenem Lager begegnen würden. Darauf ist nur zu sagen, daß der Teilnehmer, der die sachliche Darlegung der Überzeugung anderer nicht ertragen kann, sich zu diesem Grade der politischen Reife erziehen muß. Nicht einer Partei, sondern den gesamten kulturellen Interessen des Volkes soll der Rundfunk dienen.“ — Das Motto des Arbeiter-Radiobundes „Der Sender sei die Kanzel des Volkes“ kennzeichnet die Bestrebungen dieser Organisation, die sich die Arbeiterschaft in noch viel größerem Maße ausbauen muß, um die Richtlinien für die Kulturarbeit im Rundfunk, die der ARB. auf seinem vierten



Die Sendeanlage des Deutschlandsenders in Königswusterhausen

Reichskongress in Berlin beschlossen hat, in die Praxis umzusetzen. Die Bedeutung des Rundfunks als Mittel zur Beeinflussung der Massen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, und es ist deshalb auch erfreulich, daß die Reichsregierung anlässlich des Volksbegehrens zum Young-Plan ihre seither geliebte Zurückhaltung aufgegeben und den Rundfunk in den Dienst der Abwehr gegen Lüge und Verleumdung gestellt hat. Damit wollen wir aber durchaus keiner Praxis das Wort reden, die unter Umständen zu einer Einseitigkeit des Rundfunks führt, wie das leider heute schon in viel zu starkem Maße der Fall ist. Weniger Angstlichkeit einer gesunden Kritik gegenüber und mehr Mut der einzelnen Sendeleitungen zu den täglichen Dingen im Interesse des Volkes, im Interesse des republikanischen Staates Stellung zu nehmen, wirkt nicht nur aktuell, sondern entspricht auch dem Wunsche der Mehrheit der Rundfunkteilnehmer.

Als Gewerkschafter und Sozialisten haben wir die Aufgabe und die Pflicht, alle Errungenschaften unserer Technik daraufhin zu prüfen, ob wir sie nicht in den Dienst unserer Ideen und unserer Aufgaben stellen können. Bei dem Rundfunk ist das in starkem Maße der Fall, und das macht uns zur Pflicht, darauf bedacht zu sein, einen entsprechenden Einfluß auf ihn zu gewinnen. Nur wenn die Arbeiterschaft mit Energie am Rundfunk mitarbeitet, wenn die proletarischen Hörer sich ihren Einfluß im Rundfunk erkämpfen und sich zu diesem Zwecke auch dem Arbeiter-Radiobund Deutschlands anschließen, gelingt es, den Rundfunk zu dem zu machen, was er sein soll: zu einem unvergleichlich wertvollen Erziehungs- und Bildungsinstrument der Massen, die an den Aufstieg der Menschheit glauben.

E. F.

Die Großfunkstation Nauen

Die Transradio-AG, die Besitzerin dieser Funkstation, gab den Redakteuren der Gewerkschaftszeitungen die Möglichkeit, diese Anlagen zu besichtigen. Schon von der Ferne winken die 260 Meter hohen Masten, die Wahrzeichen des modernen Verkehrs. Rund 50 000 Worte werden täglich von diesem Fleck der Erde aus über die Welt gesandt. Der internationale Verkehr und die Verständigungsmöglichkeiten der Menschen wachsen von Tag zu Tag. Ein von der Transradio-AG. übermitteltes Telefongespräch nach Argentinien, also auf eine Entfernung von rund 11 000 Kilometer, ist genau so klar zu hören, wie wenn sich zwei Menschen auf 1 Meter Entfernung gegenüber stehen, und doch sind wir wahrscheinlich erst am Anfang einer Entwicklung, die Ungeahntes erwarten läßt.

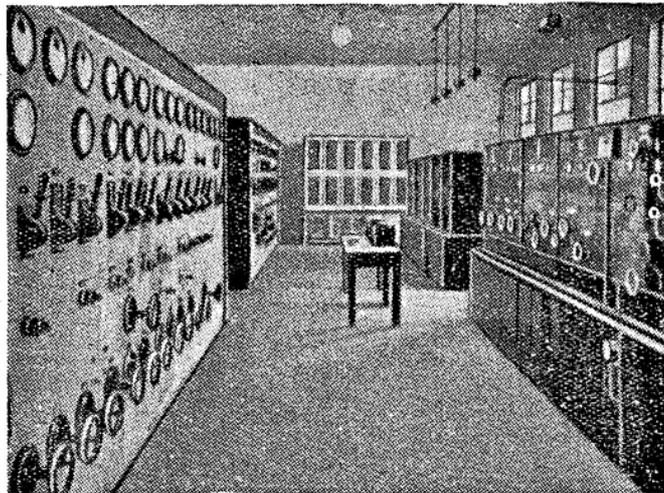
Nauen war anfangs eine Versuchsstation, wo man mit einem 10-Kilowatt-Knallfunkensender, einem 100-Meter-Mast, einer Schirmantenne und sonstigem Gerät das Problem der drahtlosen Uebertragung in Wort und Schrift zu lösen versuchte. Diese 1906 erstellten Anlagen wurden rasch erweitert und verbessert, so daß bereits 1910 eine Reichweite von 3000 Kilometer erreicht wurde. 1918 waren es 20 000 Kilometer und heute besteht eine Reichweite von 5- bis 4mal um die Erde. Die bereits in kurzer Zeit erreichte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern wurde durch den Krieg jäh unterbrochen. Aber ehe noch der Friede geschlossen war, wurden die Verbindungen, namentlich mit Nordamerika, bereits wieder angeknüpft. Heute hat der im Jahre 1914 eröffnete öffentliche Telegrammverkehr mit Nordamerika eine Ausdehnung erreicht, daß man es sich kaum vorstellen kann, wie der moderne Geschäftsverkehr zwischen den beiden hochentwickelten Erdteilen ohne die drahtlose Uebertragung von Wort und Schrift möglich sein könnte. Die Großfunkstation Nauen dient nur für den Sendeverkehr. Der gesamte Empfang der drahtlosen Uebermittlungen geschieht von der Station Gellow bei Potsdam. Sendung und Empfang vereinigen sich in der Betriebszentrale in Berlin, Oranienburger Straße. Diese liegt dem Haupttelegraphenamt gegenüber, so daß die abgehenden und ankommenden Telegramme sofort zur Weiterleitung übermittelt werden können. Seit dem Jahre 1926 obliegt der Transradio-AG. nur noch der Ueberseefunkverkehr; den europäischen Dienst betreibt die Reichspost selbst über die Station Königswusterhausen. Die Transradio-AG. unterhält ständige Verbindungen mit Nordamerika, Südamerika, Ägypten, Niederländisch-Indien, China, Japan, Philippinen, Siam, Abessinien und vielen anderen Ländern. Mit Australien, Mexiko und weiteren Staaten soll der gegenseitige Verkehr demnächst aufgenommen werden.

Die in den Großfunkstationen aller Länder ankommenden Gespräche und Telegramme werden sofort von den Landtelegraphen weitergeleitet. Von der Geschwindigkeit kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß ein Telegramm Deutschland-Nordamerika nur 30 Sekunden dauert. Eine Berliner Großbank kann innerhalb zwei Minuten erfahren, wie die Kurse an der New-Yorker Börse stehen. Der Kurzwellensender hat den Langwellensender verdrängt. Bei Langwellen beträgt die Sendegeschwindigkeit bis 125 Worte und bei Kurzwellen bis 350 Worte je Minute. Der Gesamtumfang des Sendeverkehrs nahm folgende Entwicklung: Im Jahre 1919 1,2, 1921 5,0, 1923 7,7, 1925 11,9, 1926 12,7, 1927 13,4, 1928 16,3 Millionen Worte, davon 11,3 Millionen Worte nach Nordamerika. In diesem Jahre hofft man auf eine Jahresleistung von 20 Millionen Worte zu kommen. Innerhalb zehn Jahren ist also der Sendeverkehr um das 16fache gesteigert worden. An dieser Entwicklung ist die Bedeutung des Uebersees-Funkverkehrs am besten zu erkennen. Im Jahre 1928 entfielen von dem Gesamtverkehr 2 392 650 Worte auf den internationalen Presseverkehr. Nur auf diese Art ist es möglich, daß wir an dem gleichen Tage in den Zeitungen das lesen können, was

in anderen Erdteilen passiert ist. Die Großfunkstation Nauen erledigt sowohl die Telegraphie, wie auch die Telephonie und die Bildübertragung.

Die bedeckte Fläche der Antennen hat einen Durchmesser von 2½ Kilometer. Es sind insgesamt 12 Großmasten vorhanden; zwei in einer Höhe von 260 Meter, sieben von 210 Meter und drei von 150 Meter. Das Eisengewicht beträgt von 100 bis 360 Tonnen je Mast. Die Masten ruhen auf Porzellanisolatoren, wodurch sie von der Erde isoliert sind. Derwandt werden in der Hauptsache Kurzwellensender mit Wellen von 15 bis 40 Meter. Von den Antennen sind je zwei parallel geschaltet. Vorhanden sind sieben Kurzwellensender für je 20 Kilowatt Antennenenergie. Für den Verkehr nach Ostasien, Nordamerika usw. dienen Maschinensender von 400 Kilowatt. Der benötigte elektrische Strom wird in 100 000-Volt-Leitungen vom Kraftwerk Finkenheerd bei Frankfurt a. d. O. bis Spandau und von dort mit 15 000 000-Volt-Leitungen direkt zur Funkstation geliefert. — Welchen Entwicklungsgang hat die Menschheit allein in drei bis vier Generationen

durchgemessen. Vor hundert Jahren noch war der Mensch auf seine Füße und das Pferdewerk angewiesen, und eine Reife mit vielen Beschwernissen verbunden. Heute hat jede Entfernung ihre Schrecken verloren und mit ungeahnter Schnelligkeit durchzuteilen wir mittels Luftschiffen, Flugzeugen und Kraftwagen oder Dampfschiffen die Welt. Mit Hilfe der Elektrizität gibt es in dem Verkehr zwischen Volk und Volk keine Hindernisse mehr. Die Erde ist durch die Wunder der Technik räumlich zu einem Nichts zusammengeschrumpft. Und wenn die weiteren Fortschritte in den Dienst der Menschheit, in den Dienst an den Menschen gestellt werden, werden nicht nur die alten Begriffe von Nation und Vaterland überwunden, sondern auch eine neue bessere Zukunft heraufsteigen. X.



Die Kurzwellen-Sendestation in Nauen
Rechts die 20-KW-Kurzwellensender; Links die dazugehörigen Starkstromschalttafeln

den, sondern auch eine neue bessere Zukunft heraufsteigen. X.

Die europäischen Hörerzahlen

Es ist von großem Interesse, die Hörerzahlen der einzelnen Völker statistisch zu verfolgen, um die Entwicklung der drahtlosen Uebermittlung von Nachrichten und Unterhaltungsdarbietungen beobachten zu können. Deutschland steht, sofern man die absoluten Hörerzahlen in Betracht zieht, an zweiter Stelle. Die Hörerzahlen verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Großbritannien 2 686 000, Deutschland 2 636 000, Rußland 355 000, Oesterreich 330 000, Tschechoslowakei 237 000, Polen 190 000, Ungarn 168 000, Schweiz 72 000, Italien 51 000.

Wertet man jedoch dieses Ergebnis nach der kulturellen Seite aus, indem man den Prozentsatz der Hörer zur gesamten Einwohnerzahl festlegt, so kommt man zu dem folgenden Ergebnis:

Großbritannien 44 Millionen Einwohner, 6,1 Proz. der Hörer; Oesterreich 6,5 Millionen, 5,1 Proz.; Deutschland 60 Millionen, 4 Proz.; Tschechoslowakei 13,5 Millionen, 2,4 Proz.; Ungarn 8 Millionen, 2,1 Proz.; Schweiz 4 Millionen, 1,8 Proz.; Polen 27 Millionen, 0,7 Proz.; Rußland 147 Millionen, 0,23 Proz.; Italien 40 Millionen, 0,13 Proz.

Diese Statistik zeigt ganz deutlich, in welchen Ländern man sich der verbenden Kraft der drahtlosen Nachrichtenübermittlung bewußt ist. Sie zeigt aber auch weiter, daß speziell in den Ländern mit einseitigem Programm, das dem herrschenden Regime entspricht, der Prozentsatz der interessierten Hörer außerordentlich gering ist. Ganz besonders kraß tritt dies bei Rußland und Italien in Erscheinung.

Diese Statistik sollte allen an der Kulturaufgabe des Rundfunks interessierten Hörern zu denken geben. Aber auch die Spitzen der Rundfunkbehörden in den demokratisch regierten Ländern sollten daraus den Schluß ziehen, ihre Programme noch demokratischer zu gestalten und keine verdeckte einseitige „Neutralität“ zu fördern, sondern volle Neutralität anzustreben, durch die es jedermann freisteht, auch am Sender seine Meinung zu sagen.

D o g t i. d. „Rhein. Ztg.“.

Die Grundlagen der drahtlosen Telephonie

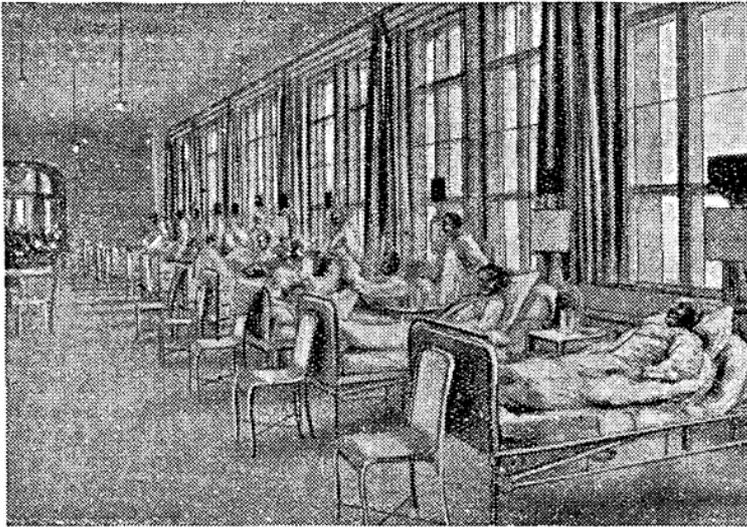
Wenn man irgendwo einen elektrischen Strom einschaltet oder ausschaltet, oder wenn die Straßenbahn zu fahren beginnt, oder wenn sich eine elektrisch geladene Wolke durch einen Blitz entlädt, in allen solchen Fällen breitet sich von der betreffenden Leitung, in der die Stromänderung geschieht, eine unsichtbare elektromagnetische Strahlung durch den Raum aus, die nur solange dauert, bis die Stromänderung vorbei ist. Diese Strahlung erzeugt in andern in der Nähe befindlichen Leitungen momentane Ströme, deren Stärke von der Größe der ursprünglichen Stromänderung abhängt. Im allgemeinen sind diese Ströme verschwindend klein. Nimmt man nun als Erreger der Strahlung einen sich dauernd ändernden Strom, z. B. den periodischen Wechselstrom der Lichtleitung, so wird eine dauernde Strahlung ausgesandt, die in der Umgebung Ströme erzeugen kann. Solche Strahlungsvorgänge heißen elektromagnetische Wellen. Von der Stärke des Wechselstroms hängt die Stärke der Welle ab und davon wieder die Stärke des in einem andern Leitungssystem erzeugten Stromes. Der primäre Strom ist der „Sender“, der sekundäre der „Empfänger“. Dabei ist natürlich von irgendwelcher Tonübertragung noch nicht die Rede. Der Wechselstrom der Lichtleitung hat 50 Perioden in der Sekunde und wird von einer Dynamomaschine geliefert. Die Periodenzahl der zum Senden der Radiowellen verwendeten Wechselströme beträgt dagegen bis zu vielen Millionen und wird von einer ganz anderen elektrischen Anordnung erzeugt, die man Schwingungskreis nennt und zu deren Erregung die Senderöhre dient. Eine Erklärung dieser Einrichtungen würde hier zu weit führen; im Prinzip darf man sich vorstellen, man verwendete auch hier Dynamomaschinen. Diese müßten sich allerdings ungeheuer schnell drehen, um die hohe Periodenzahl zu liefern. Warum die Periodenzahl so hoch sein muß, wird später noch erklärt werden. Vom Sender fließt der Wechselstrom in die „Antenne“; das sind Drähte, die noch in der Luft zwischen großen Masten ausgespannt sind. Und hier, weit weg von allen möglichen Störungen, werden die elektromagnetischen Wellen ausgestrahlt.

Die Wirkungen dieser Wellen in einer beliebigen elektrischen Leitung sind sehr klein. Anders wird die Sache, wenn man als Empfänger auch einen Schwingungskreis verwendet. Diese Anordnung hat nämlich die Eigenschaft, auf Wellen von ganz bestimmter Schwingungszahl ganz besonders stark anzusprechen. Durch geeignete Wahl der im Empfänger verwendeten Spulen und Kondensatoren kann man es dahin bringen, daß gerade die vom Sender kommenden Wellen es sind, die im Empfänger die starken Ströme hervorbringen. Man sagt dann, der Empfänger ist auf den Sender „abgestimmt“.

Wir haben bisher nur erfahren, daß es möglich ist, elektrische Vorgänge mit Hilfe der elektromagnetischen Wellen ohne direkte Leitungen von einem Ort zum andern zu übertragen. Nunmehr wollen wir sehen, wie man diese Vorgänge zur Übertragung von Tönen brauchbar machen kann. Töne sind Verdünnungen und Verdichtungen der Luft, „Schallwellen“. Man braucht also Apparate, die einerseits Luftschwankungen in Schwankungen elektrischer Ströme und andererseits Schwankungen elektrischer Ströme wieder in Luftschwankungen umsetzen. Der erste Apparat ist das Mikrophon und befindet sich am Sender, der zweite ist das Telephon oder der Lautsprecher und befindet sich am Empfänger. Das Mikrophon arbeitet im Prinzip folgendermaßen: Durch die ankommenden Schallwellen der Sprache oder der Musik wird eine Membran zum Mitschwingen gebracht. Diese ändert, je nach dem sie sich stärker oder schwächer durchbiegt, in entsprechender Weise einen im Stromkreis des Senders befindlichen Widerstand. Dadurch wird der Senderstrom bald stärker, bald schwächer, und zwar genau im Rhythmus der Schallwellen. Dementsprechend schwankt auch die Stärke der ausgestrahlten elektromagnetischen Wellen und dadurch

die Stärke der im Empfänger erregten Ströme. Nun gilt es nur noch, diese Stromschwankungen wieder in Schallwellen umzusetzen. Das geschieht so: Der Empfängerstrom wird durch eine Magnetspule geschickt, vor der sich eine Eisenmembran befindet. Infolge der Schwankungen des Stromes wird die Spule verschieden stark magnetisiert und zieht daher die Membran wechselnd stärker oder schwächer an, und zwar immer noch genau im Rhythmus der auf das Mikrophon auftreffenden Schallwellen. Die Schwingungen dieser Telephon- oder Lautsprechermembran rufen in der umgebenden Luft Verdichtungen und Verdünnungen, Schallwellen hervor: wir hören Radio. Hierbei ist noch folgendes zu berücksichtigen: Der Senderstrom ist ja, auch wenn keine Schallwellen auf das Mikrophon treffen, ein Wechselstrom, wie zu Anfang gesagt wurde. Die ausgestrahlten Wellen und damit auch die im Empfänger erregten Ströme schwanken also von Natur dauernd hin und her. Man muß daher die Periodenzahl des Sendestromes so hoch wählen, daß man diese Schwankungen nicht mehr als Ton wahrnehmen kann. Der Bereich der hörbaren Schwingungen er-

streckt sich ungefähr von 16 000 bis 40 000 in der Sekunde. Man wählt daher für die Radiowellen Schwingungszahlen, die weit darüber liegen. — Wenn sich der Empfänger in größerer Entfernung vom Sender befindet, reichen auch bei guter Abstimmung die im Empfänger erregten Ströme nicht mehr aus, um die Membran des Telephons oder gar des Lautsprechers hörbar zu bewegen. Man nimmt dann den Strom zum Betreiben des Lautsprechers aus einer Batterie und braucht nun den Empfängerstrom nur dazu, dem Batteriestrom genau dieselben, nur entsprechend vergrößerten Schwankungen zu erteilen. Diese Steuerung des Batteriestromes geschieht in



Lautsprecherkonzert bei den Leichtkranken

der Verstärkeröhre. Genügt eine solche Verstärkungsstufe noch nicht, so schaltet man noch eine dahinter und so fort, bis man Stromschwankungen genügender Stärke bekommt, um den Lautsprecher zu betreiben. Wenn der Verstärker richtig arbeitet, verhält sich der aus dem letzten Verstärker kommende Strom zu dem durch die Wellen des Senders im Empfänger erregten Strom ungefähr so wie eine Photographie zu einer davon hergestellten Vergrößerung, d. h. es dürfen keinerlei Verzerrungen entstehen. W. 3.

Das Reich als Filmbesitzer

Die Reichsregierung hat die Mehrheit der Emelka (Münchener Lichtspielkunst AG.) erworben. Bisher war schon das Reich mit 10 Proz. an dieser Gesellschaft beteiligt. Die Erwägungen, die zu diesem Schritt geführt haben, sind politischer Natur. Es ist leider eine Tatsache, daß die Mehrzahl der deutschen Kintheater von rechtsgerichteten Kreisen beherrscht wird. Wie bekannt, hat Hugenberg die Mehrheit der Ufa (Universum-Film AG.) im vorigen Jahr erworben. Die Ufa ist das größte deutsche Unternehmen dieser Art. Es bestand durchaus die Möglichkeit, daß auch die Emelka diesen Weg gehen würde. Wäre auch sie von Hugenberg aufgekauft worden, so hätte dieser eine Macht in seinen Händen vereinigt, die unabsehbar ist. Die Emelka besitzt zurzeit 40 Theater mit über 60 000 Plätzen. Die Ufa hat etwa 100 Theater mit 100 000 Plätzen. Ueber die Bedeutung des Kinos braucht wenig mehr gesagt zu werden. Das Kino ist das Theater des kleinen Mannes. Hunderttausende von Menschen sitzen Abend für Abend in den Lichtspieltheatern und werden von den Bildern, Tönen und Worten eingefangen. Wer den Film hat, hat ein ungeheures Einflußmittel auf die Köpfe der Massen. Deshalb auch die Bestrebungen Hugenbergs, seinem großen Zeitungskonzern einen Filmkonzern anzugliedern. Es war deshalb eine gebieterische Notwendigkeit, hier einzugreifen und das Aktienpaket der Emelka seitens des Reichs zu erwerben.

Dom Film und seinen Auswirkungen

Es ist schwer zu sagen, was der Film eigentlich ist. Er kann Lehrmittel und zugleich Unterhaltungsmittel sein, wissenschaftlichen wie künstlerischen Zwecken dienen. Eine Kunstgattung im alten Sinne des Wortes ist er deswegen nicht, weil er gleichzeitig ein Industrieprodukt darstellt. Kurzum: er läßt sich in die überkommenen Begriffe und Rubriken nicht einschachteln — so wenig wie der Rundfunk.

Man hat ihn im Anfang mit dem Theater verglichen, ihn sozusagen als „Theaterersatz“ angesprochen und dann sehr hochmütig als etwas „Minderwertiges“ abgetan. Aber in den letzten zehn Jahren hat sich das Blättchen gewendet. Die immer bedrohlicher anwachsende Theaterkrise hat die Verächter des Films etwas vorsichtiger gemacht. Sie können seine riesige Entwicklung mit Händen greifen, während das Theater nicht nur nicht vorangekommen ist, sondern von Jahr zu Jahr mehr zurückgeht. Also verdient der „Kleintopp“ am Ende doch, daß man sich ein bißchen genauer mit ihm abgibt?

Ob er es verdient! Er erfährt — was das Theater längst nicht mehr vermag — die Massen. Die Zahl der Menschen, die sich einen Film ansehen, ist vielleicht zwanzigmal so groß wie die Zahl derer, die ein Theaterstück zu sehen bekommen — trotz Volksbühne. In den Vereinigten Staaten dürfte der Unterschied noch viel größer sein als bei uns. Aber nicht allein als Zuschauer erfährt der Film die Massen, sondern auch als Darsteller. Er kann — und darin ist er wiederum der Sprechbühne weit überlegen — Zehntausende von Menschen bequem in ein einziges Bild bannen. Er ist also wie geschaffen dazu, Massenschicksale, Massenhandlungen darzustellen. Das Größte wie das Kleinste vermag die Kamera festzuhalten und mit Hilfe einer Tempobeschleunigung zu hinreißender Wucht zusammenzuballen. Was sind die Revolutionszenen der „Weber“ auf der besten Theaterbühne, verglichen mit denen im Film, den man auf jedem Dorf zeigen kann? Das Auge ist nun einmal unser empfindlichstes Sinnesorgan und vermag uns stärker und unmittelbarer zu erregen als Gehör-, Geruchs- und Tastsinn.

Daraus ergibt sich von selber, daß der Film ein Propagandamittel größten Stils und höchster Wirkungskraft ist. Kein Theaterstück hat jemals das ausgelöst, was der „Panzerkreuzer Potemkin“ an aufwühlender Wirkung in größtem Ausmaß erreicht hat. Wie steht es aber in Wirklichkeit um die Ausnützung dieses Machtmittels? Wer sind die Nutznießer dieser gewaltigen Erfindung? Wer beeinflusst mit ihrer Hilfe die Massen? Die Antwort ist trostlos: Der Film steht im Dienst des Großkapitals.

Bisweilen rüttelt uns ein Riesenskandal wach. Die Phöbus-Affäre beispielsweise bewies, wie sicher sich die Herren vom Filmkapital fühlen, daß sie sich durch bestochene Mittelsmänner Reichsgelder zuführen lassen. Schon vorher hat die größte deutsche Filmgesellschaft, die „Ufa“, allen Ernstes 20 Millionen Mark Reichsbeihilfe für die „leidende“ deutsche Filmindustrie gefordert, und die Blätter der Herren Ullstein, die ihrerseits die Terra-Gesellschaft kommandierten, haben diese Forderung lebhaft unterstützt. Den Herrschaften von der Filmproduktion ist der Kamm geschwollen. Sie meinen, sie könnten die öffentliche Meinung nach ihrer Pfeife tanzen lassen.

Leider ist diese öffentliche Meinung, mit Einschluß der proletarischen, noch viel zu wenig von der Größe der Gefahr unterrichtet, die unserem Volk von der kapitalistischen Film-



Unser Film soll dazu dienen, in anschaulicher und verständlicher Form o. e. Mitglieder über unseren Verband aufzuklären. Der Winter bietet für eine aktive Werbe- u. Bildungsarbeit d. e. beste Gelegenheit

produktion droht. Sie packen uns bei unserer schwächsten Seite: beim Gefühl. Sie geben vor, lediglich unser Unterhaltungsbedürfnis, unsere Schaulust zu befriedigen. Und wir lassen uns von ihren Rattenfängerweisen betören und laufen ihnen, Woche ein, Woche aus, ins Garn. Alle, unsere Frauen und unsere Kinder mit uns. Sie lullen uns ein und vergiften uns, ohne daß wir es gewahrt werden.

Dor ein paar Jahren noch machten es die Filmproduzenten plump und ungeschickt. Man macht es jetzt behutsamer. Der „Weltkriegsfilm“ der „Ufa“ kokettiert mit einer gewissen Objektivität, die darin besteht, daß man zwischen gestellte Heldenaufnahmen Photos des französischen Generalstabs einreicht — ebenso wie die englische Admiralität die „Seeschlachten bei Coronel und den Falklandinseln“ mit Komplimenten für die deutsche Marine versieht. Das Ganze läuft doch nur auf eine internationale Verständigung darüber hinaus, wie schön und erhebend das „Stahlbad“ sei und wie wünschenswert eine Wiederholung. Beim „Älten Frisk“ und bei der „Königin Luise“ werden die menschlichen Schwächen zugelassen als Köder für die demokratische Kritik, die denn auch prompt — in der Presse — darauf hereinfällt und die erhabenen Hohenzollern auf einmal rührend schlicht und fast bürgerlich findet.

Monarchische und militaristische Begeisterung kann man auch an ausländischen Exemplaren austoben — es müssen nicht immer Stahlhelme und preußische Offiziersuniformen dabei sein. In edlem Wetteifer mit Hollywood stellt man falsche Ruffenfilme her, in denen Großfürsten und Adel in der ganzen Herrlichkeit ihrer Galauniform prunken, und der sozialistische Pöbel, der diese Herrlichkeit anzutasten gewagt hat, ordentlich eins verpaßt kriegt. Dann haben wir ja auch noch den „Anschlußgedanken“: „o immer feste „An der schönen blauen Donau“, „Wien, Wien, nur du allein“, natürlich in habsburgischen Zeiten, mit k. u. k. Uniformen. Neuerdings ist Ungarn große Mode. Amerika bringt den „Feschen Hufaren“, die „Ufa“ die „Ungarische Rhapsodie“. Ähnlich wie im „Spreewaldmadel“ feine Leute als Gutsherrschaft, entzückendes Militär als Einquartierung, gelind verblödete, sehr glückliche und zufriedene Bauern als Komparserie, als Hintergrund, von dem sich die Besitzenden um so strahlender abheben.

Das Proletariat ist immer nur Staffage, ob es sich um „Kustspiele“ wie „Robert und Bertram“ handelt, oder um angeblich „soziale“, sogenannte „Sille-Filme“. Das Volk in seinen wahren Nöten und Sorgen, im Kampf um seine Menschenrechte, in seiner Solidarität, wird nirgends gezeigt. Schon gar nicht in der „Wochenchau“, die die Welt arschschleßlich aus der Perspektive der Besitzenden ansieht. Da gibt es nichts weiter als Feste, Sportveranstaltungen, militärische Angelegenheiten. Bei den Ereignissen in Wiener Neustadt wurden die Heimwehren gezeigt von allen Seiten, die Arbeiterverbände dagegen unterschlagen. Auch die „Kulturfilme“ zeigen die Welt immer nur im Sonntagsstaat.

So arbeitet der deutsche Film unter der Oberleitung Hugenbergs jahraus, jahrein an der Verblödung der Massen. Die kapitalistische Presse, gierig nach fetten Inseraten, unterstützt ihn gehorham. Und — was das Schlimmste ist — die Arbeiter, anstatt den Feind an der Gurgel zu packen, fallen zum größten Teil auf den Schwindel herein. Die Gefahr, die uns von dieser Art der Unterhaltung und Belehrung droht, ist riesengroß... Hermann Hieber.

Die Bilanz der Arbeitslosenversicherungsreform

II.

Besondere Schwierigkeiten bereitet von jeher die Arbeitslosenversicherung bei unständig beschäftigten Arbeitnehmern sowie bei Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern. Alle möglichen Zwischenstufen kommen vor, so daß die Frage, wann hier ein Unterstützungsanspruch berechtigtermaßen erhoben werden kann, unmöglich generell mit ja oder nein beantwortet werden kann. Es kommen aber noch andere Schwierigkeiten hinzu, so namentlich die der Kontrolle auf Schwarzarbeit und bei den Heimarbeitern in Frage, inwieweit noch von unselbständigen Arbeitnehmern und arbeitnehmerähnlichen Personen oder Kleinunternehmern mit selbständigem Betriebsrisiko gesprochen werden kann. Aus diesen Gründen hat die Reformgesetzgebung davon abgesehen, eine schematische Regelung zu treffen. Aufrechterhalten bleibt zwar der Grundsatz, daß unständig Beschäftigte sowie Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Jedoch ist dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hier die Befugnis erteilt worden, abweichende Bestimmungen zu treffen. Vom 1. November 1930 an sind unständige Beschäftigungen nur versicherungspflichtig, soweit der Verwaltungsrat dies mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers anordnet (§ 75b ADADG.). Von den Hausgewerbetreibenden sind diejenigen Zwischenmeister, die nicht den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen, mit Wirkung vom 1. November 1929 an aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen; die Tätigkeit weiterer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern kann der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers von der Versicherungspflicht befreien, ebenso kann ferner die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzes geregelt werden (§ 75c ADADG.). Bei dieser letztgenannten Ermächtigung ist vor allem an die besonders in Sachsen und Thüringen häufigen Arbeitsverhältnisse gedacht, bei denen eine ganze Familiengemeinschaft hausgewerblich tätig ist, aber nur das Familienoberhaupt die Aufträge vom Verleger empfängt.

Erwähnt sei noch, daß Arbeitnehmer im volkschulpflichtigen Alter künftig von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen sind (§ 74b). Es wird also künftig nicht mehr vorkommen, daß Schulkinder Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Nach dem bisherigen Recht hing die Befreiung von der Versicherungspflicht in den Fällen, in denen sie überhaupt zulässig war, davon ab, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinschaftlich die sogenannte Befreiungsanzeige erstatteten. Unterließen beide Teile im gegenseitigen Einverständnis die Anzeige, so war das Beschäftigungsverhältnis versicherungspflichtig mit allen Folgen. Diese dem Versicherungsprinzip widersprechende Möglichkeit der Risikoauswahl wird nunmehr durch eine Änderung des Befreiungsverfahrens beseitigt. Die Befreiungsanzeige bleibt bestehen, aber nur als Ordnungsvorschrift, die Versicherungsfreiheit selbst tritt auf Grund des gesetzlichen Tatbestandes ein, auch wenn die Anzeige nicht erstattet wird (§§ 85a und 85b). Auf rechtzeitige und vollständige Erstattung der Befreiungsanzeige wird dadurch hingewirkt, daß der Arbeitgeber bis zum Eingang der Anzeige seinen Beitragsanteil zu entrichten hat, ohne daß jedoch dem Arbeitnehmer daraus Vorteile erwachsen (§ 143a).

Die Vorschriften über Arbeitswilligkeit und unfreiwillige Arbeitslosigkeit als Voraussetzung des Unterstützungsanspruches haben bekanntlich eine ziemlich Rolle gespielt. Es ist bemerkenswert, daß an dem materiellen Inhalt dieser Vorschriften nichts geändert worden ist; insbesondere sind die Gründe, die zur Ablehnung eines Arbeitsangebots berechtigen — § 90 Abs. 2 —, unverändert geblieben. Geändert worden sind allerdings die Vorschriften über die Sperrfrist, die bei unberechtigter Arbeitsverweigerung oder freiwilliger, unberechtigter Aufgabe einer Arbeitsstelle oder schuldhaftem Verlust einer Arbeit verhängt wird. Hier steht das Gesetz jetzt die Möglichkeit vor, die Dauer der Sperrfrist innerhalb eines Rahmens von zwei bis acht Wochen den besonderen Umständen des Falles anzupassen (§ 93a), während bisher, von einer Ausnahme abgesehen, die Sperrfrist immer vier Wochen betrug. Bedeutungsvoller ist die neue Vorschrift, daß die Sperrfrist nur an Tagen läuft, für die der Arbeitslose sonst Arbeitslosenunterstützung erhalten würde und für die er seiner Meldepflicht genügt (§ 93b Abs. 2). Weiter ist bestimmt, daß eine Sperrfrist auch durch Arbeit abgegolten werden kann, und zwar

stehen dann jeweils drei Arbeitstage einem Tage der Sperrfrist gleich. Unabhängig von allen Ereignissen endet endlich jede Sperrfrist spätestens sechs Monate nach ihrem Beginn.

An der Höhe der Arbeitslosenunterstützung ist grundsätzlich nichts geändert worden. Zur besseren Orientierung unserer Kollegen geben wir die gesetzlichen Bestimmungen hier wieder:

§ 106. In jeder Lohnklasse wird der Bemessung der Unterstützung ein Einheitslohn zugrunde gelegt. Der Einheitslohn beträgt bei einem wöchentlichen Arbeitseingelt:

in Klasse	I bis 10 Mf.	8 Mf.
" "	II von mehr als 10—14 Mf.	12 "
" "	III " " " 14—18 "	16 "
" "	IV " " " 18—24 "	21 "
" "	V " " " 24—30 "	27 "
" "	VI " " " 30—36 "	33 "
" "	VII " " " 36—42 "	39 "
" "	VIII " " " 42—48 "	45 "
" "	IX " " " 48—54 "	51 "
" "	X " " " 54—60 "	57 "
" "	XI " " " 60 "	63 "

§ 107. (1) Die Hauptunterstützung beträgt vom Einheitslohn:

in der Klasse	I	75 Proz.
" "	II	65 "
" "	III	55 "
" "	IV	47 "
" "	den Klassen V und VI	40 "
" "	der Klasse VII	37,5 "
" "	den Klassen VIII bis XI	35 "

(2) Als Familienzuschlag werden für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen 5 Proz. des Einheitslohnes gewährt. Einschließlich der Familienzuschläge darf die Arbeitslosenunterstützung jedoch

in den Klassen I und II	80 Proz.
" der Klasse III	75 "
" der Klasse IV	72 "
" den Klassen V und VI	65 "
" der Klasse VII	62,5 "
" den Klassen VIII bis IX	60 "

des Einheitslohnes in keinem Falle übersteigen.

§ 107a. (1) Während einer berufsmäßigen Arbeitslosigkeit erhalten Arbeitslose aus Berufen und Gewerben, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsmäßig ist,

in der Lohnklasse VII die Unterstützungssätze der Klasse VI, in den Lohnklassen VIII und IX die Unterstützungssätze der Klasse VII, in den Lohnklassen X und XI die Unterstützungssätze der Klasse VIII.

(2) In welchen Berufen und Gewerben eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsmäßig ist, bestimmt sich nach der Verordnung über berufsmäßige Arbeitslosigkeit vom 18. Dezember 1928 (Reichsarbeitsbl. S. I 282) und der Anordnung über berufsmäßige Arbeitslosigkeit vom 18. Dezember 1928 (Reichsarbeitsbl. S. I 282). Das gleiche gilt für Zeitraum, Beginn und Ende der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit.

(3) Die Reichsregierung kann nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt abweichendes vom Abs. 2 bestimmen.

Die Herabsetzung der Unterstützung während der berufsmäßigen Arbeitslosigkeit (§ 107a) ist weniger aus arbeitsmoralischen Gründen als im Hinblick auf das Versicherungsprinzip eingeführt. Drei neue Vorschriften werden jedoch in Einzelpunkten eine Änderung zur Folge haben: Während bisher für die Einstufung in die Lohnklasse das durchschnittliche Arbeitsentgelt der letzten drei Monate maßgebend war, wird jetzt das Entgelt der letzten 26 Wochen oder, wenn das Entgelt nach Monaten bemessen war, der letzten sechs Monate zugrunde gelegt (§ 105 Abs. 2 S. 1). Bisher konnte es in der untersten Lohnklasse vorkommen, daß die Arbeitslosenunterstützung höher war als der Lohn. Das ist nunmehr ausgeschlossen (§ 107b). Nur Arbeitslose, die in der maßgebenden Zeit vor der Arbeitslosmeldung ausschließlich als Lehrlinge beschäftigt waren, genießen das Privileg, daß ihre Unterstützung höher sein kann als die Vergütung, die sie als Lehrlinge bezogen haben. Zugunsten der Lehrlinge ist ferner bestimmt, daß die unentgeltliche Beschäftigung eines Lehrlings die Zugehörigkeit zur Lohnklasse I begründet (§ 105 Abs. 2 S. 3); dies war übrigens schon bisher vom Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung angenommen worden. Endlich ist in § 107c eine neue Vorschrift in das Gesetz gekommen, die einen gewissen Einbruch in das Lohnklassenprinzip bedeutet. Hat nämlich ein Arbeitsloser mehr als die Hälfte der für die Unterstützungshöhe maßgebenden Beschäftigungszeit in einem anderen Ort verbracht als dem Ort, in dem die Unterstützung zu gewähren ist, so darf die Unterstützung nicht höher sein, als sie nach den Lohnverhältnissen des Unterstützungsorts wäre. Die Bestimmung, auf die von land-

wirtschaftlicher Seite ziemlich Wert gelegt wird, will vor allem die Arbeitnehmer treffen, die vom Lande stammen, dann vorübergehend in der Industrie gearbeitet haben und nun als Arbeitslose in ihre ländliche Heimat zurückkehren. Es ist in diesen Fällen nicht selten, daß auf Grund des Lohnklassensystems sich eine Unterstützung errechnet, die höher ist als der übliche Lohn der anfassigen Arbeiter, insbesondere der Landarbeiter.

Die Vorschriften über die Wartezeit sind ziemlich stark umgestaltet worden. Die Staffelung der Wartezeitdauer nach dem Familienstande und ähnlichen Gesichtspunkten (§ 110b) hat freilich weniger den Zweck, Mißbräuche zu bekämpfen als Ersparnisse zu erzielen. Mehr auf dem arbeitsmoralischen Gebiet liegen dagegen die Änderungen, die die Fälle betreffen, in denen bisher die Wartezeit fortfiel. Solche Fälle konnten, wie berichtet worden ist, bisher verhältnismäßig leicht künstlich herbeigeführt werden. Das wird nunmehr dadurch etwas erschwert, daß die Bedingungen verschärft werden; außerdem haben die fraglichen Fälle die gänzliche Beseitigung der Wartezeit nur bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen zur Folge, während bei den übrigen Arbeitslosen nur eine Verkürzung der Wartezeit eintritt (§ 110b Abs. 2 u. 3).

Die Formalversicherung (bisher § 115) wird es künftig in der Arbeitslosenversicherung nicht mehr geben. Dafür ist ausdrücklich vorgesehen, daß irrtümlich entrichtete Versicherungsbeiträge zurückgefordert werden können (§ 165a).

Wichtig ist, daß die Arbeitslosenunterstützung künftig nicht nur dann von Amts wegen zu entziehen ist, wenn die Voraussetzungen zum Bezuge fortgefallen sind, sondern auch dann, wenn sich herausstellt, daß sie schon bisher nicht vorgelegen haben (§ 177 Abs. 1). Im letzteren Falle ist gleichzeitig festzustellen, ob und inwieweit der Unterstützungsempfänger Beträge, die er zu Unrecht erhalten hat, zu erstatten hat. Wird eine Erstattung angeordnet, so können die Unterstützungsbeträge durch Abzüge von späterer Arbeitslosenunterstützung dann zurückbehalten werden, wenn der Arbeitslose den unrechtmäßigen Bezug der Unterstützung vorsätzlich herbeigeführt hat. Andernfalls werden die Beträge, soweit sie nicht freiwillig erstattet werden, wie Gemeindeabgaben beigetrieben (§ 185).

Der Verbesserung der Kontrolle dient die neue Vorschrift, daß die Beauftragten des Arbeitsamts berechtigt sind, die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Unterstützung vorliegen, für erforderlich hält (§ 171 S. 3).

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß nach einem neuen § 65a der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt anordnen kann, daß Arbeitgeber

die Arbeitsplätze, die sie mit einem Arbeitnehmer besetzen, dem zuständigen Arbeitsamt anzeigen.

Arbeitgeber, die schuldhaft falsche oder unvollständige Arbeitsbescheinigungen ausstellen haften künftig der Reichsanstalt für den entstehenden Schaden (§ 218a) und machen sich strafbar (§ 259a). Gleicher Bestrafung unterliegen alle Privatpersonen, die im Unterstützungsverfahren vorsätzlich oder fahrlässig eine Auskunft, zu der sie verpflichtet sind, falsch erteilen (§ 260a).

Mitgliederbewegung unseres Verbandes im 3. Vierteljahr 1929

Wirtschaftsbezirke bzw. Gauverwaltungen	Mitgliederstand am				A Abnahme	Z Zunahme	in Proz.	Ab-nahme in Proz.
	1.7.1929	1.8.1929	1.9.1929	1.10.1929				
1. Nordwest								
a) Bremen	6 686	6 710	6 710	6 801	Z	115	1,7	—
b) Schleswig-Holstein	4 811	4 762	4 808	4 693	"	32	0,8	—
c) Mecklenburg	8 512	8 595	8 598	8 651	"	134	3,8	—
	15 059	15 067	15 116	15 350	"	291	1,9	—
2. Hamburg	27 097	27 766	27 785	27 851	"	154	0,5	—
3. Westfalen	16 103	16 232	16 470	16 563	"	460	2,8	—
4. Rheinland	10 753	10 983	10 842	10 985	"	232	2,1	—
5. Rhein-Main	19 120	19 112	19 270	19 252	"	132	0,7	—
6. Rheinpfalz	3 959	3 885	3 976	3 555	A	4	—	0,01
7. Baden								
a) Karlsruhe	8 941	8 898	9 017	8 604	"	337	—	3,8
b) Singen	1 022	971	1 053	1 051	Z	33	3,2	—
	9 963	9 869	10 073	9 653	A	304	—	3,0
8. Württemberg	6 797	6 876	6 935	6 953	Z	156	2,3	—
9. Bayern								
a) München	10 190	10 232	10 155	10 128	A	64	—	0,6
b) Nürnberg	7 401	7 402	7 419	7 400	Z	89	1,2	—
	17 531	17 634	17 574	17 616	"	25	0,1	—
10. Thüringen	6 723	6 755	6 796	6 821	"	89	1,3	—
11. Sachsen								
a) Dresden	13 512	13 676	13 582	13 589	"	77	0,6	—
b) Leipzig	8 324	8 394	8 451	8 440	"	116	0,1	—
c) Zwickau	7 792	7 810	7 807	8 038	"	246	3,1	—
	29 628	29 880	29 843	30 067	"	439	1,5	—
12. Mitteldeutschland								
a) Magdeburg	10 004	10 070	10 204	10 350	"	346	3,4	—
b) Halberstadt	4 132	4 134	4 153	4 228	"	96	2,3	—
	14 136	14 204	14 357	14 677	"	442	3,1	—
13. Hannover	7 849	7 892	7 928	8 811	"	332	4,2	—
14. Schlesien	13 583	13 575	13 535	13 311	A	272	—	2,0
15. Brandenburg	9 553	9 818	9 882	9 865	Z	12	0,1	—
16. Groß-Berlin	41 277	41 277	41 277	42 914	"	1 637	4,0	—
17. Pommern								
a) Stettin	4 196	4 235	4 232	4 255	"	59	1,4	—
b) Kolberg	1 807	1 833	1 840	1 914	"	107	5,9	—
	6 003	6 068	6 072	6 169	"	166	2,8	—
18. Ostpreußen	13 052	13 122	13 192	13 271	"	227	1,7	—
Einzelmitglieder	141	93	10	103	A	38	—	26,9
	263 287	270 113	271 188	273 472	Z	4 185	1,5	—

Sür die Frauen

Frau Kluge beim Einkassieren

„Tag, Frau Neumann!“

„Ach Gott, Frau Kluge?“

„Manu, Sie tun ja so erschrocken, Frau Neumann. Fürchten Sie sich vor mir?“

„Das gerade nicht, Frau Kluge, aber wissen Sie, ich sehe Sie diesmal wirklich nicht gerne kommen.“

„Sind Sie offenerzig, Frau Neumann! Aber ich dachte doch, Sie hätten sich endgültig von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt?“

„Hab ich auch, Frau Kluge, hab ich auch. Aber sehen Sie, diesmal — na — Sie wissen doch, sechs Kinder, der Winter und so; Gott, ich weiß ja nicht, wo ich alles hernehmen soll.“

„Sooo, Frau Neumann, ja, das glaube ich Ihnen gerne. Das ist ja immer die schlimmste Zeit so bei Wintersanfang. Es soll eingekellert werden, Schuhe und Kleider werden notwendig und so und wie gesagt, Frau Neumann, das ist jetzt bei allen Arbeiterfamilien so.“

„Ja, ja, Sie haben recht, das ist ja überall so, wir sind eben die Galackmeierten und werden es auch bleiben.“

„Wenn die Organisation nicht wäre, würde es so bleiben, da haben Sie recht. Aber glauben Sie sicher, wir schaffen es doch noch mal, Frau Neumann, denn — — —“

„Ach, Frau Kluge, Sie sind ja zu beneiden mit Ihrem Mut und Ihrer Hoffnung, aber ich weiß nicht — — —“

„Sie werden doch wieder wankelmützig?“

„Nein, nein, Frau Kluge, Sie kriegen sofort den Beitrag, bitte — — —“

„Gott nein, so meinte ich das nicht, aber wissen Sie, ich nehme die Beiträge nicht gern, wenn ich das Gefühl habe, daß der Zahler es nur gezwungen tut, ohne von dem ganzen Vorteil desselben überzeugt zu sein.“

„Ja, das ist so 'ne Sache. Aber sehen Sie, Tatsache ist doch nun einmal, daß ich für den Beitrag immerhin schon irgend etwas kaufen könnte, vielleicht Strümpfe oder so und — nicht wahr — das ist doch so?“

„Nein, nein, Frau Neumann, das ist nicht so. Das wäre nur dann so, wenn der Beitrag ein Teil des Lohnes wäre, den der Arbeitgeber freiwillig für die geleistete Arbeit zahlt. In Wirklichkeit aber haben Sie doch den Beitrag schon vorher von der Organisation erhalten und noch mehr dazu. Der Beitrag ist also — — —“

„Himmel, Frau Kluge, jetzt fangen Sie wieder mit dem Gesums an. Wissen Sie, Lohn ist doch Lohn und so. Wir haben doch nichts von der Organisation bekommen. Aber wir bezahlen ja den Beitrag, denn es ist ja heute nun mal so, von wegen, daß man organisiert ist und — — —“

„Aber nein, Frau Neumann, lassen Sie mich mal ausreden. Sie müssen das einmal begreifen, damit auch Sie den Beitrag gerne zahlen. Das macht dann Ihnen und mir Freude. Ich will Ihnen die Sache doch noch mal auseinanderschrauben.“

„Frau Kluge, ich weiß — — —“

„Nein, Sie wissen es eben nicht. Sie sagen doch, daß Sie von der Organisation keinen Lohn erhalten. Das stimmt aber nicht.“

„Aber Frau Kluge!“

„Ja, da gibt es nichts zu abern. Sehen Sie, wer bezahlt nach Ihrer Auffassung den Lohn?“

„Der Arbeitgeber.“

„Welchen Lohn zahlt der?“

„Na, hm, wie soll ich sagen, na, den Tariflohn doch.“

„Richtig, Frau Neumann, richtig. Sie reden wie ein Professor. Den Tariflohn zahlt er. Aber was ist das für ein Lohn? Hat den der Arbeitgeber freiwillig bewilligt, oder wie wurde der festgesetzt?“

„Na, mit unsern Führern wurde der doch so geregelt.“

„Frau Neumann, man merkt, Sie unterhalten sich jetzt doch schon mit Ihrem Mann über diese Dinge. Das stimmt nämlich genau, was Sie sagen. Aber wissen Sie noch, wie das damals war, als der Tariflohn geregelt wurde?“

„Ja, das war ja, als die Unternehmer aussperrten wollten.“

„Richtig, das war damals. Und dann wissen Sie auch weiter, daß sie nur aussperrten wollten, weil die Organisation auf ihrer Forderung bestehen blieb, den Lohn um 1 Mark zu erhöhen.“

„Nein, die Unternehmer wollten sogar 30 Pfennig am Lohn abbauen.“

„Ah, Frau Neumann, gut, gut! Und was kam heraus?“

„Ja, sie mußten schließlich 40 Pfennig Lohnhöhung zahlen.“

„Richtig, sie mußten. Darauf kommt es nämlich hier besonders an. Sie zahlten sie also nicht freiwillig, sondern wurden dazu gezwungen. Von wem, Frau Neumann, von Ihnen oder von mir oder?“

„Nein, von der Organisation. Frau Kluge, ich kapiere allmählich, gewiß, aber wissen Sie, ich denke manchmal, ob die Unternehmer nicht nur so Manöver machen von wegen — Sie wissen ja und so?“

„Aber Frau Neumann, Sie sind ja eine ganz Gewiegte. Aber sehen Sie mal hier, da habe ich gerade die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB, Nr. 42, bei mir, da will ich Ihnen doch mal etwas zeigen.“

„Um Himmels — — —“

„Nein, nein, nur einen Moment. Sehen Sie, hier ist eine Aufstellung über Streiks und Aussperrungen. Gucken Sie mal genau. Sie können es nachher auch mit Ihrem Manne wieder in Ruhe durchlesen. Da sehen Sie, wieviel mal die Unternehmer ausgesperrt haben zur Abwehr der Gewerkschaftsforderungen. Fast ebenso viel, wie die Arbeiter wegen ihrer Forderungen streiken mußten. Wenn die Unternehmer aber so viel und so oft freiwillig die Betriebe vorübergehend schließen wegen der Gewerkschaftserfolge, sieht das nach Manöver aus und so?“

„Da haben Sie eigentlich recht, aber — — —“

„Und dann, Frau Neumann, sehen Sie jetzt, was ich sagen wollte damit, daß der Beitrag nur ein Teil ist von dem, was die Organisation den Mitgliedern ihrerseits gibt. Sie hätten nämlich gar nicht den Lohn von heute ohne Gewerkschaft. Sie zahlten also heute einen Beitrag für den Monat von 3 Mark. Wäre die Organisation nicht, dann könnten Sie die 3 Mark wohl sparen, aber Sie hätten wahrscheinlich 30 Mark weniger Lohn, weil die Unternehmer freiwillig eben nicht mehr zahlten.“

„Die Sache ist wirklich klar, Frau Kluge. Wissen Sie, ich schäme mich ja jetzt fast, daß ich das so schwer kapieren konnte. Aber nun ist mir wahrhaftig der Beitrag leicht geworden. Gott mit dem Kaufenkönnen, ja, das ist so 'ne Sache, da müssen wir halt sehen, daß wir die Löhne noch höher bringen können.“

„So ist es richtig, daran liegt es alleine. Und nun sehen Sie auch, warum wir alles daran setzen, um alle in unsere Organisation zu bringen. Wir müssen stark genug werden und — — —“

„Wissen Sie, Frau Kluge, ich habe heute viel gelernt bei dieser Unterhaltung. Und jetzt passen Sie mal auf, die Frau Hofmich aber mir will immer nichts wissen von der Organisation, die werde ich mir heute noch vorknöpfen.“

„Das wäre ein vernünftiger Entschluß von Ihnen. Ich bin aber gespannt, was Sie ausrichten. Hoffentlich kann ich auch die dann beim nächsten Male aufnehmen.“

„Ich lasse ihr eben keine Ruhe mehr, bis sie vernünftig geworden ist.“

„Vielleicht erzählen Sie mal dann beim nächsten Mal, was Sie erlebt haben.“

„Sicher, Frau Kluge, also bis dahin besten Dank für Ihre Belehrung.“

„Keine Ursache, Frau Neumann, auf Wiedersehen!“ L. 3.-B.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Christliche Selbstentlarung. Seit der Wahlniederlage des Zentrums im Mai 1928, die dadurch auch den christlichen Gewerkschaften verminderten politischen Einfluß bescherte, gefallen sich die christlichen Gewerkschaftsblätter wieder stärker darin, an den freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und ihren Ministern herumzunörgeln. Mit gesunder Kritik hat das meistens nichts zu tun. Dafür ist aber oft der Ton, besonders der christlichen Tageszeitung „Der Deutsche“ so gehässig, daß die „Rote Fahne“ und ihre Schwestern darüber neidisch werden könnten. Inzwischen versucht man auch das andere Rezept der KPD, das der Entlarung, wie aus dem „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften zu ersehen ist. Der Einfachheit halber geben wir nachstehend der „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB, das Wort, die diese „sittlichen Motive“ in das richtige Licht rückt. Die „Gewerkschaftszeitung“ schreibt:

„Im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Nr. 22 finden wir eine Notiz, die den Titel trägt: „Wie eine christliche Gewerkschaft das sozialdemokratische Demagogentum hineinlegte.“ Die christliche Gewerkschaft, die das Stückchen, auf das mit diesem Titel angespielt wird, verübt, ist der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter. Er hielt einen Verbandstag ab, dieser nahm eine Entschliebung gegen jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung an und der Zentralverband sandte die Entschliebung an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der Fall war bereits bekannt, denn die sozialdemokratische Presse hatte ihn seinerzeit erwähnt. Das Zentrumsblatt veröffentlicht nun das Antwortschreiben der Fraktion, in dem versichert wird, daß die Sozialdemokratie „auch künftig jeden Versuch, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern, auf das entschiedenste bekämpfen“ werde. Das Zentralblatt erinnert ferner an eine Bemerkung des Vorwärts zu der Eingabe des christlichen Verbandes an die Fraktion, in der das Zentralorgan der Sozialdemokratie selbstverständlich die gleiche Zustimmung aussprach, und zu alledem schreibt das Zentralblatt folgendes:

„Also, sowohl die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wie auch das Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands versichern, daß sie gegen jede Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung ankämpfen wollen. Daraufhin hätte ein in seinen politischen Erkenntnissen nicht sehr weit gekommener Arbeiter annehmen müssen, daß sich die stärkste Fraktion des Reichstages, deren Anhänger sich bei jeder Gelegenheit als die „einzigen“ und „allein rechten“ Vertreter der Arbeiter drapieren, bei der Berechtigung der Reform der Arbeitslosenversicherung auch entsprechend verhalten hätten. Doch es kam, wie der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter erwartet hatte: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte für eine Reform der Arbeitslosenversicherung, die wesentliche Verschlechterungen brachte. Die sozialdemokratische Fraktion hat damit wieder einmal den Beweis erbracht, daß Worte und Taten bei ihr zweierlei sind. Und das recht klar festgestellt zu sehen, war „der Zweck der Übung“, d. h. der Zweck, weshalb der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter seine Verbandstageentschliebung auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugehen ließ.“

Sachliche Derwahrungen gegen diesen Angriff auf die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Kampfe um die Arbeitslosenversicherung erübrigen sich. Unsere Leser sind über alle Einzelheiten dieses Kampfes unterrichtet; sie vermögen sich selbst ein Urteil zu bilden über den Wert der Vorwürfe, die von dem Zentralblatt gegen die Sozialdemokratie erhoben werden. Es genügt, daran zu erinnern, daß sehr weitgehende Anträge zur Verschlechterung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung vom Zentrum gestellt wurden — ganz zu schweigen von den bössartigen Forderungen der Deutschnationalen. Beide Parteien aber stehen den christlichen Gewerkschaften nahe. Uns kommt es jedoch darauf nicht an. Was uns veranlaßt, der Notiz des Zentralblattes Aufmerksamkeit und Raum zu widmen, ist die Motivierung, die am Schluß der Notiz der Einreichung jener Entschliebung an die Fraktion gegeben wird, ist der „Zweck der Übung“; denn die Selbstentlarung, die die Christen mit dieser Veröffentlichung an sich vollziehen, verdient bekannt zu werden. Und „niedriger hängen“ genügt auch schon zur Abwehr solcher Methoden. So etwas waagt es, vom „Demagogentum“ anderer zu reden. So etwas schämt sich nicht wenigstens nachträglich dieser jämmerlichen Motive, sondern rühmt sich ihrer öffentlich. Und so etwas druckt auf der gleichen Seite (im Zentralblatt) eine andere Notiz ab, in der wir, die „Gewerkschafts-Zeitung“, darüber belehrt werden, „daß sittliche Ideen das Primäre in der Gestaltung einer wirklichen gesellschaftlichen Ordnung sind“. Wir danken für die Belehrung. Wir wissen nun, was wir von den sittlichen Ideen der christlichen Gewerkschaften zu halten haben, wissen auch, wie Entschliebungen und verwandte Kundgebungen ihrer Verbände einzuschätzen sind. Bevor wir sie ernst nehmen, werden wir in Zukunft stets nach den Motiven fragen.“

Landstraßenwärter

Kreis Lörrach. Geschlossen waren die Kreisstraßen- und Wegewärter in Lörrach zusammengelassen, um Stellung zu nehmen zu den Fragen ihrer Bewegung. Um allen Wärtern die Möglichkeit zu geben, schneller zu ihrem Lohn zu kommen, wurde beschlossen, zu verlangen, daß der Lohn bargeldlos durch Ueberweisung auf das Konto der einzelnen Wärter zugestellt wird. Zur kommenden Zusammenlegung der Verbände sprach Kollege Bürker. Der neue „Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ wird auch in seiner Sektion Straßenwärter die beste Interessenvertretung dieser Kategorie sein. Die neu eingeführte Invalidenversicherung wurde begrüßt. Alle Straßenwärter werden ab 1. Januar den kleinen Beitrag im Interesse dieser neuen sozialen Einrichtung bezahlen. Es wurde dann noch ein Bericht über die Straßenwärterkonferenz in Offenburg gegeben.

Die Landstraßenwärter des Kreises Striegau hielten am 11. November ihre Herbstversammlung im Volkshaus Striegau ab. Kollege Goltz referierte über den außerordentlichen Verbandstag. Dann gab Kollege Langer als Tarifkommissionsmitglied Aufklärung über das Lohnabkommen für die schlesischen Landstraßenwärter. Unter „Verschiedenes“ kam eine Angelegenheit zur Sprache, die alle Kollegen angeht. Im hiesigen Kreise versucht ein gewissenloser Reisender durch die Annäherung als Kollege und mit der Behauptung im Namen unserer Organisation zu kommen, den Kollegen oder deren Frauen Unterwäsche, z. B. Hemden, das Stück zu 18 Mk. anzuschwindeln. Um die Sache glaubhaft zu machen, zeigt er Unterschriften von Kollegen, die angeblich bei ihm bestellt haben. Dadurch ist es ihm geglückt, Bestellungen bei unseren Kollegen zu machen. Die Kollegenschaft sei gewarnt!

Aus unserer Bewegung

Lech. Der Vorsitzende unserer Filiale, Kollege Majewski, hatte sich vor einigen Wochen bei der Arbeit eine Verletzung der Hand zugezogen. Der Unfall erzeugte nach 14 Tagen eine Blutvergiftung, an der Kollege Majewski am 15. November, erst 33 Jahre alt, starb. Der Verstorbene war Mitbegründer der Filiale, wirkte in ihr mehrere Jahre als Kassierer und in den letzten Jahren als Vorsitzender. Der Verband verliert in ihm einen vorbildlich pflichterfüllten, opferbereiten und tüchtigen Funktionär, der es verdient, daß sein Andenken in Ehren bewahrt bleibt.

Rundschau

Albert Ihle sechzig Jahre alt. Die Wasserkannte hat in unserm Verbandsleben von jeher eine bedeutsame Rolle gespielt. In der Vorkriegszeit (bis 1912) saß dort der Verbandsausschuß, und unser leider allzufrüh verstorbener Kollege Heinrich Schönberg schwang manchmal mit vielem Temperament, aber auch mit Humor, seine Fuchtel. Er führte, verbandstechnisch gesehen, „ein strenges Regiment“. Seine Hamburger standen stets hinter ihm und das mit Recht. Denn alles in allem führte er die Kollegenschaft in mustergültiger Weise vorwärts. So war es unser aller Sorge, daß er schwer unter einem Lungenleiden litt und die feste Verbandsburg eines Tages ohne ihn sein würde. Aber auch hier sorgte er noch rechtzeitig vor. Als 1910 die Hamburger Verbandsleitung des Metallarbeiter-Verbandes in einen schweren Konflikt mit der Mitgliedschaft geriet und pflichtgemäß nach den Weisungen des Zentralvorstandes handelte, schien es, als sollten einige Kollegen, darunter auch Ihle auf der Strecke bleiben. Da trat Heinrich Schönberg auf den Plan und holte sich den hochbegabten Kollegen zum zweiten Vorsitzenden. Damit hatte er einen überaus glücklichen Griff getan; denn Albert Ihle hat sich sehr bald in das Wesen unserer Betriebsorganisation hineingelebt (obwohl er manchmal von seiner „Betriebsfremdheit“ sprach). Er übernahm seit dem 1919 erfolgten Tode unseres Hein Schönberg unbestritten die Führung in Hamburg. Darüber hinaus hat Albert Ihle bis auf den heutigen Tag im Gesamtverband starken Einfluß ausgeübt. Seine Entscheidung für den Reichsmanteltarifvertrag in kritischer Situation ermöglichte die planmäßige Verbandspolitik des Soziallohnens und des sozialen Arbeitsrechts, worin unser Verband auch heute noch richtunggebend für alle deutschen Gewerkschaften ist. Ihles oftmals verbindliche Stellungnahme in strittigen Einzelfragen sowohl als auch seine energischen und verantwortungsvollen Darlegungen brachten es bald zuwege, daß er im

Verbandsbeirat, auf den Gauleiterkonferenzen sowie bei internen Verbandstagen stets große Beachtung fand mit seinen Ausführungen. Auch in dem neuen Gesamtverband, dessen Befürworter Albert Ihle mitentscheidend gewesen ist, wird seine tiefe Stimme sich jederzeit Gehör verschaffen! — Albert Ihle ist am 1. Dezember 1869 in Chemnitz geboren, erlernte das Schlosserhandwerk, kam später auf der Wanderschaft nach Hamburg, wo er dann recht bodenständig geworden ist. Seit vielen Jahren gehört er auch der Hamburger Bürgerschaft an. Auch hier hat er die Interessen unserer Hamburger Kollegen, ja des ganzen Nordwest-Gaues, stets mit Schärfe und taktischer Sicherheit wahrgenommen. — So dürfen wir wohl nicht nur als Freund und Mitstreiter, sondern auch namens der Hamburger, ja der gesamten deutschen Kollegenschaft, ihm an seinem 60. Geburtstag unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen.

Das neu entdeckte Deutschland. Das soziale Wandern hat die billige Naturschwärmerie zurückgedrängt. Die neue Sachlichkeit hat die Begeisterung für alte malerische Winkel und paradiesische Gefilde eingedämmt und der sozialen Reportage erhöhte Geltung verschafft. Als einer der ersten hat sich der bekannte Arbeiterdichter Max Barthel der sozialen Reportage angenommen. Das erste Buch dieser Art, das unter dem Titel „Deutschland, Licht- und Schattenbilder einer Reise“ in der Dreimarkbandreihe der Büchergilde Gutenberg erschien, erregte Aufsehen, fand eine große Auflage und spornte den Verfasser an, die Entdeckungsfahrten durch das unbekannte Deutschland fortzusetzen. Max Barthel durchstreifte Oberschlesien mit der sonderbaren und schmutzigen Stadt Hindenburg, erblickte hinter den Rauchfahnen der Industrie die wirtschaftlichen Ursachen der deutsch-polnischen Konflikte, sah die arme Landschaft mit ihren armen Bewohnern und begriff den Schlachtfeldcharakter dieses Industriezentrums, das den Namen Hindenburg nicht ohne Bedeutung trägt. Der Reporter besuchte Görlich und das Siegnitzer Gebiet, das Waldenburger Kohlenrevier und das Isergebirge, die Glasbläser, die Heimarbeiter, die Präleten der Grube. Und eines Tages wagte er sich an das Ungeheuer Berlin heran. Er kroch in seinen Gefängnissen und Markthallen, in seinen Filmälen und technischen Wunderwerken herum, er stieg hinab in das Asyl der Obdachlosen und ließ sich von einem Flugzeug Berlin und Potsdam von oben zeigen. Aus mehreren Kapiteln wächst das gewaltige Bild dieser gewaltigen Stadt auf. Dann verirrt sich Max Barthel wieder im Labyrinth des Spreewalds, in der Einsamkeit der Lüneburger Heide, im Harz, in der Lausitz, um schließlich mit zwei erlebnisreichen Kapiteln über die Leunahölle und die Junkerwerke in Dessau das Buch zu beenden, das unter dem Titel „Erde unter den Füßen“ als vorbildlich ausgestatteter und reich illustrierter Dreimarkband bei der Büchergilde Gutenberg erschienen ist. Max Barthel versteht es, im Zufälligen das Typische zu finden, sprachliche Schönheiten in verschwenderischer Fülle auszusüßten, Licht- und Schattenbilder zu zeichnen und überall den Willen spüren zu lassen, neuordnend dieser Welt Antik zu verändern. Man erlebt dieses Buch wie einen Film und liest es, gepackt vom Anfang bis zum Ende.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Den Filialen sind diesmal früher als sonst die „Fragebogen über Organisationszugehörigkeit“ in drei Druckstücken nebst entsprechender Anzahl Hilfs- und Betriebsfragebogen sowie dazugehörigem Anschreiben zugegangen.

Die Unentbehrlichkeit des auf Grund des Fragebogens über Organisationszugehörigkeit gewonnenen Zahlenmaterials gibt Anlaß, den Fragebogen noch einmal in der üblichen Form den Filialen unseres Verbandes zur Ausfertigung zuzusenden. Erst nach dem endgültigen Zusammenschluß soll der Fragebogen entsprechende Umgestaltung erfahren. Die Fällung erstreckt sich deshalb nur auf unseren alten Organisationsbereich (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter).

Der genauen Ausfertigung des Fragebogens ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Auch ist der für die Einfindung des Fragebogens vorgesehene Termin (15. Januar 1930) unter allen Umständen innezuhalten.

Von den drei Druckstücken des Fragebogens ist der eine für den Verbandsvorstand bestimmt, der zweite, mit entsprechendem Vermerk versehene Bogen ist ausgefüllt an die zuständige Wirtschaftsbezirksleitung bzw. Gauleitung zu senden. Ein Abschriftbogen ist den Filialakten beizufügen.

Bei Bedarf weiterer Hilfs- oder Betriebsfragebogen sind solche von dem Hauptvorstand anzufordern.

Die Ausfertigung der Fragebogen hat nach den im Anschreiben gegebenen Weisungen zu erfolgen. Der Verbandsvorstand.